Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 9 — Montag, den 12. Januar 1925 — 16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Sozialdemokratie und Reichsregierung.

Noch keine Klärung in Berlin.

Auch der Sonnabend brachte dem Reiche noch keine Regierung. Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Luther, der als Kanzlerkandidat in Aussicht genommen ist, verzichtete zunächst auf einen offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung. Er führte aber im Verlauf des Sonnabends fortgesetzt Verhandlungen mit den verscheidensten Parteiführern und ließ u. a. auch den Genossen Hermann Müller zu sich bitten. Ihm erklärte er daß er nicht daran denke, ein Kampfkabinett gegen die Linke zu bilden. Diese Erklärung ist schön und gut, aber sie dürfte niemals zutreffen, denn unter den Voraussetzungen, die zu einem Kabinett Luther führen können, muß diese Regierung ein offener oder verschleierter Bürgerblock sein. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie von selbst. Hermann Müller hat deshalb auch dem Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärt, daß er mit einer Kampfstellung der Sozialdemokratie rechnen müsse.

Die Deutschnationalen sind natürlich mit Herrn Luther, der zwar parteipolitisch nicht festgelegt ist, aber nur zu den Rechtsparteien gezählt werden kann, einverstanden. Aber auch sie verlangen, wie Dr. Luther selbst, eine tragfähige Regierung, in der sie gleichzeitig entsprechend ihrer Stärke vertreten sein wollen. Die Volkspartei ist der gleichen Auffassung, während die Demokraten sich an einer derartigen Regierung nicht zu beteiligen gedenken. Auch sie wollen ein Rechtskabinett bekämpfen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags faßte nach mehrstündiger Sitzung am Sonnabendabend folgenden einstimmigen Beschluß: Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumspartei nicht, sich an dem vorgesehenen Kabinett zu beteiligen. — Reichsfinanzminister Dr. Luther wird, wie WTB. erfährt, auf Grundlage dieses Beschlusses, der in später Abendstunde gefaßt wurde, am Montag früh die informatorische Erörterung mit dem Zentrum und den übrigen Fraktionen fortsetzen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns: Nachdem am Freitag, den 9. Januar, der Reichskanzler Marx dem Herrn Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag auf Bildung der Reichsregierung zurückgegeben hat, sehen wir uns veranlaßt, darzustellen, wie sehr der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seit dem 7. Dezember bemüht gewesen ist, dem Reich eine republikanische Regierung zu sichern. Die Reichstagswahlen hatten den Rechtsparteien keine Mehrheit gegeben. Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie, die Parteien der Weimarer Koalition verfügen aber nur über 232 Stimmen, während die absolute Mehrheit 247 beträgt. Eine von diesen drei Parteien gebildete Regierung würde also von der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und den Kommunisten abhängen. Die ersten beiden Parteien sprachen sich durch Beschluß gegen eine Regierungsbildung unter Einbeziehung der Sozialdemokratischen Partei aus. Weil eine Regierung der Weimarer Koalition aber auch mit der Gegnerschaft der Kommunisten zu rechnen hatte, findet eine republikanische Regierung keine sichere Mehrheit.

In der ersten offiziellen Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler, die am 13. Dezember 1924 stattfand, bedauerten die Vertreter der Sozialdemokratie, daß Marx nicht den Versuch machen wollte, der bestehenden Regierung durch Erweiterung nach links im Reichstag eine tragfähige Grundlage zu geben, was dem Ergebnis der Wahlen vom 7. Dezember entsprochen hätte.

Der Reichskanzler Marx erklärte aber, eine Erweiterung der Regierungsbasis nach links hin nicht vornehmen zu können, weil sich die Deutsche Volkspartei durch Beschluß vom 10. Dezember v. Js. dahin festgelegt hatte, daß die Deutschnationalen, aber nicht die Sozialdemokraten an der zu bildenden Regierung zu beteiligen wären. Die Deutsche Volkspartei vertrat diese Auffassung fortdauernd in den Verhandlungen.

Die Zentrumsfraktion lehnte am 17. Dezember v. J., nachdem sie sich grundsätzlich für eine Regierung der Volksgemeinschaft ausgesprochen hatte, die einseitige Rechtserweiterung der Reichsregierung ab und erklärte, sich nur an einer Regierung zu beteiligen, die die Fortführung der bisherigen Politik der Mitte sicherte. In Anbetracht dieser Gegensätzlichkeit der Auffassungen über die Regierungsbildung in den Parteien der Mitte legte die Sozialdemokratische Partei den Hauptwert darauf, daß die Außenpolitik des Kabinetts Marx fortgeführt werde, weil das allein den Interessen des Reiches entspreche, und daß innenpolitisch eine Politik der Sicherung der Republik geführt werde. Bereits am 13. Dezember erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sich die Sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln dem Versuche der Wiederholung des Experiments einer Cuno-Regierung widersetzen werde. Um der Bildung einer sogenannten überparteilichen, in Wirklichkeit aber rechtsgerichteten Regierung vorzubeugen, ermunterte die sozialdemokratische Fraktion deshalb bis zum Freitag den Reichskanzler Marx in seinen Versuchen, eine Regierung zu bilden, die unbedingt auf dem Boden der Weimarer Verfassung stände. Wenn es dem Reichskanzler Marx nicht gelang, ein Kabinett der Mitte zu bilden, noch ein Kabinett aus Demokraten und Zentrumsabgeordneten und nicht fraktionell festgelegten Beamten, so ist daran allein die Deutsche Volkspartei schuld, die allen diesen Kombinationen schärfsten parlamentarischen Kampf ansagte. Die Deutsche Volkspartei erklärte, nur ein Kabinett zu unterstützen, das offen von den Deutschnationalen mit verantwortet werde. Da die Deutsche Volkspartei also unentwegt die Bildung der großen Koalition entschieden ablehnte und das Zentrum wiederum eine Regierung des Bürgerblocks, war eine Regierung mit fester Mehrheit trotz wochenlangen Verhandelns nicht zu bilden.

Für die Bildung einer republikanischen Regierung blieb noch folgender Ausweg: Marx hätte die Regierung der Weimarer Koalition schaffen und abwarten können, ob im Reichstag die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten sich wirklich geschlossen mit den Deutschnationalen und Nationalsozialisten verbinden würden, um eine solche Regierung zu stürzen. Marx konnte diesen Weg nicht betreten, da das Zentrum sich bis zuletzt weigerte, unter seiner Führung eine Regierung der Weimarer Koalition zu bilden.

Nachdem der Reichskanzler Marx seinen Auftrag auf Bildung einer Regierung dem Reichspräsidenten zurückgegeben hatte, fragte der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am vergangenen Freitagabend bei der Zentrumsfraktion an, ob das Zentrum bereit sei, die Weimarer Koalition unter sozialdemokratischer Führung mitzumachen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits am 18. Dezember grundsätzlich beschlossen, daß der Bürgerblock zu verhindern und die Weimarer Koalition zu erstreben sei. Der Vorstand der Zentrumsfraktion erwiderte, auf die sozialdemokratische Anfrage, daß die Zentrumsfraktion entsprechend ihrer Haltung während der letzten Wochen auch nicht bereit sei, unter sozialdemokratischer Führung die Weimarer Koalition wieder aufleben zu lassen.

Die Krise ist fünf Wochen nach der Wahl immer noch nicht beendet. Es ist fraglich geworden, ob eine Regierung, die die Fortführung der bisherigen Außenpolitik garantiert und innenpolitisch demokratisch und sozial zu regieren gewillt ist, geschaffen werden kann. Die Kommunisten tragen in erster Linie die Schuld daran, wenn eine Regierung zustandekommen sollte, die sich vornehmlich auf die Rechtsparteien stützt und der gegenüber die Parteien der Mitte eine abwartende Haltung einnehmen. Die Sozialdemokratie wird jede verkappte Rechtsregierung genau so bekämpfen, wie eine offene.

Rücktritt Hughes.

Der amerikanische Staatssekretär des Aeußern, Hughes, wird am 4. März zurücktreten. An seine Stelle soll der amerikanische Botschafter in London Kellogg treten.

Hughes Rücktritt wird seinem Wunsche zugeschrieben, nach zwanzigjähriger Wirksamkeit im öffentlichen Leben nunmehr wieder als Anwalt tätig zu werden. Entgegen anderslautenden Meldungen versichern nahe Freunde Hughes, daß er noch einige Monate lang die Geschäfte des Staatssekretariats führen werde. Kelloggs Ernennung zum Nachfolger Hughes wird in den amtlichen und diplomatischen Kreisen als ein weiterer Schritt zur Aufrechterhaltung eines vollständigen Einvernehmens der beiden englischsprechenden Völker begrüßt.

Reaktionärer Kampf gegen Herriot.

Schmähruse gegen Millerand.

Millerand hielt am Sonntag in Rouen eine politische Rede, in der er die Regierung wegen ihrer inneren und äußeren Politik angriff. Sie zeige sich den Sozialisten viel zu gefällig. Die Verbindung der Räumungsfrage des Ruhrgebietes mit der der Kölner Zone verdiene schärfsten Tadel. Denn damit werde auf eine frühere Räumung des Ruhrgebietes hingewirkt. Auch wegen der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen verdiene die Regierung heftige Kritik. Millerand betonte sodann, daß die Entente unentbehrlich sei zur Rettung der westlichen Zivilisation. Gestern sei sie vor der deutschen Gefahr gerettet worden und morgen müsse sie vielleicht vor der Barbarei des Bolschewismus geschützt werden.

Als Millerand am Bahnhof in Rouen ausgestiegen war, wurde er durch lebhafte Pfuirufe und Rufe: Es lebe Herriot! Es lebe der Friedel empfangen. Die Manifestation dauerte an, bis Millerand ein Auto bestiegen hatte. Im übrigen kam es in der Versammlung nicht zu Zusammenstößen.

Die interalliierte Finanzkonferenz.

Die Delegierten der alliierten Hauptmächte sind am Sonnabendnachmittag mit den Vertretern der amerikanischen und der japanischen Regierung auf der Finanzkonferenz zu einer Sitzung zusammengetreten, in der ein Kompromißvorschlag unterbreitet wurde, der folgendes besagt: Amerika verzichtet für die nächsten beiden Jahre auf jegliche Zahlung. Der auf 120 Millionen geschätzte Rest der belgischen Prioritäten soll in dieser Zeit amortisiert werden, worauf dann Belgien sich mit einer Herabsetzung seines in Spa auf 8 Prozent festgesetzten Anteils abfinden würde. Vom dritten Jahre ab soll dann Amerika in den Genuß der Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Anteil Belgiens treten. — Nach der bisherigen Haltung Englands scheinen die Aussichten auf Annahme dieses offenbar von Frankreich und Belgien herrührenden Kompromißvorschlages nicht allzu groß zu sein.

Protest der Kölner Sozialdemokraten

gegen die Nichträumung Kölns.

Die Kölner Sozialdemokraten hielten am Sonntagnachmittag im Volkshause eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in der der Redner, der Kölner Beigeordnete Dr. Meerfeld, der Versammlung eine Entschließung vorlegte, die einstimmig angenommen wurde und in der es heißt: Die Sozialdemokratische Partei Kölns beklagt auf das tiefste, daß die nördliche Zone des besetzten Gebiets nicht wie im Friedensvertrage vorgesehen am 10. Januar 1925, geräumt worden ist. Die Aufrechterhaltung der Besetzung über den vereinbarten Zeitpunkt hinaus ist eine schmerzliche Enttäuschung aller Friedensfreunde. Sie erschwert die Völkerversöhnung aufs schwerste und gefährdet überdies die Durchführung der Dawesgesetze.

Neue Verleumdungen gegen den Reichspräsidenten.

Ebert und Barmat.

In einem Antrag der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion wird behauptet, der Reichspräsident sein seit Jahren mit den Großschiebern Barmat eng befreundet. Diese Behauptung ist in vollem Umfange unwahr. Einer der Brüder Barmat ist im Frühjahr 1919 in seiner Eigenschaft als Mitglied holländischer sozialdemokratischer Organisationen, ebenso wie andere Sozialdemokraten aus neutralen Ländern vom Reichspräsidenten empfangen worden. Seitdem — also seit Frühjahr 1919 — hat der Reichspräsident Barmat nicht mehr gesehen. Ebensowenig hat er mit ihm oder einem seiner Verwandten irgendeinen Verkehr oder irgendwelche Beziehungen unterhalten. Die weitere Behauptung im vorerwähnten Antrag, daß der Reichspräsident Barmat „unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung“ in unzulänglicher Weise begünstigt habe, ist in der bereits ergangenen amtlichen Erklärung als Erfindung bezeichnet worden.

Die Republik marschiert.

Von Prof. A. Aulard (Paris).

Der bekannte französische Pazifist, der keineswegs auf sozialistischem historisch-materialistischem Boden steht und dessen Auffassung man deshalb durchaus nicht in allen Punkten zu teilen braucht, schrieb diesen Artikel um die Jahreswende für eine Reihe großer Blätter des Auslandes. Angesichts der jüngsten Vorgänge in Italien und Spanien hat er wohl nichts in seiner Aktuellität eingebüßt.

Der republikanische Gedanke, der so offenkundig als Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen war, schien durch die triumphale Errichtung zweier Diktaturen im Süden Europas, der Mussolinis in Italien und der Primo de Riveras in Spanien, eine Verdunkelung, ja eine Niederlage erlitten zu haben. Heute wanken diese beiden Diktaturen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ihre Tage gezählt sind. Die blutige und erniedrigende Räumung Marokkos hat dem Prestige des spanischen Diktators einen tödlichen Streich versetzt, und — ich hoffe es für die Spanier — dem Ansehen der Diktatur selbst. Eine neue Perspektive scheint sich für eine Republik oder wenigstens eine republikanisierte Monarchie auf der Iberischen Halbinsel aufzutun. Aber die Revolutionen eines Landes, das so isoliert durch die Natur, so eigenartig in seinen Sitten, so rückständig in bezug auf die Volkserziehung ist, können keinen Einfluß auf Europa und die Welt ausüben.

Anders verhält es sich mit Italien, dessen Volk vielleicht das aufgeweckteste unter allen Nationen ist, und dessen Elite — die numerisch zahlreicher im Verhältnis zur Masse als anderswo ist — über eine hohe Kultur verfügt. Das Beispiel Italiens wird beachtet und ist immer von Einfluß gewesen. Diktator Mussolini erhob den Anspruch, die Verhältnisse, die ihn geboren hatten, zu überdauern. Eine solche Prätention, die nicht einmal Erfolg im unwissenden und unpolitischen Spanien hatte, konnte nicht bei einem so hochstehenden Volke wie dem italienischen gelingen, einem Volke, das das politische Talent bis zum Raffinement im Blute trägt und gleichzeitig von einem unbezähmbaren Freiheitswillen durchdrungen ist, den Jahrhunderte des Leidens unter fremder Herrschaft in ihm entwickelt haben. Wir sehen es heute mit einer solchen Wucht nach der Freiheit rufen, daß das Regime Mussolinis darob aus den Fugen gerät.

Der Fall Mussolinis wird den anachronistischen Charakter und die in ihrem Wesen begründete Unfähigkeit der Monarchie auf der heutigen Stufe der Zivilisation bestätigen. Ich nehme das Wort Monarchie in seinem etymologischen Sinne, das heißt als Regierung eines einzelnen Individuums, ob dieses durch einen Gewaltstreich oder durch Erblichkeit zur Macht gekommen ist. Denn die Diktatur Mussolinis stellte nichts anderes dar als eine gewalttätige Monarchie, die sich über einer erblichen Monarchie erhob; sie behielt die letztere verächtlich bei, indem sie sich dieselbe unterordnete. Der Triumph Mussolinis hat die moralische Autorität der Monarchie von Gottes Gnaden zu Tode getroffen, die sich mit dem beschämenden Lächeln, das alle Welt sah, in ihr Schicksal ergeben mußte. In dieser Weise diskreditiert, lebt das italienische Königtum nur durch die Toleranz und die Protektion des Faszismus weiter. Der Sturz des Faszismus wird langsam auch den Sturz der Monarchie nach sich ziehen, auf jeden Fall, bis dies geschieht, kann sich niemand einer Illusion darüber hingeben, daß die Krone zusehends zurücktritt und Italien in Tat und Wahrheit mehr und mehr zur Republik wird.

Die einzige Monarchie, die in Europa und in der Welt ein bedeutendes Prestige bewahrt hat, ist die englische. Aber wer sieht nicht, daß auch hier schon seit langem die Methoden der Republik und der parlamentarischen Demokratie herrschend geworden sind! Von den skandinavischen Königreichen läßt sich wohl dasselbe sagen. So kann man feststellen, daß es seit dem Abstiege Mussolinis nirgends in der zivilisierten Welt eine menschliche Gesellschaft gibt, die durch einen einzelnen regiert ist, die eine „Monarchie“ in des Wortes wahrer Bedeutung wäre.

Der letzte Krieg ist es gewesen, der unter allen Völkern die republikanische Bewegung beschleunigt und verallgemeinert hat. Er wirkte demonstrativ, indem er den Sturz des deutschen Kaisers, des Kaisers von Oesterreich und der Fürsten, die mit ihnen verbündet waren, herbeiführte. Alle diese Throne fielen und keiner konnte wieder aufgerichtet werden. Die Unfähigkeit der Kaiser und Könige, den militärischen Sieg zu erringen — während es ihre historische Mission war, Krieg zu führen und Kriegspolitik mit Erfolg zu leiten —, der schließliche Triumph der um das republikanisch-demokratische Frankreich gescharten Koalition, die

Tatsache, daß der Sieg der Alliierten offensichtlich nicht der genialen Ueberlegenheit eines einzigen militärischen Chefs zu verdanken ist — auf französischer Seite beispielsweise gebührt das Verdienst weder Pétain noch Foch allein, sondern der Gesamtheit der Individuen und Organismen, die an der Leitung beteiligt waren —, all das sind Gründe, weshalb die monarchische Idee heute allgemein diskreditiert erscheint.

Schließlich muß als eine Ursache für den Rückgang der Monarchie auch der Umstand verzeichnet werden, daß die Kompliziertheit der modernen Zivilisation, die Vervielfältigung und Verschiedenheit der Industrien und der Bedürfnisse über die Kompetenz und die Willenskraft eines Einzelmenschen hinausgehen, selbst was die allgemeinen Direktiven betrifft. Die Verteilung der leitenden Arbeit unter mehrere ist unumgänglich geworden. Die heutige Welt wird von Komitees regiert, mögen diese auch verschiedene Namen tragen. Die Monarchie genügte nur für einen niedrigeren und einfacheren Kulturstand. Aller Fortschritt seit einem Jahrhundert ist das Werk der Polyarchie, die den heutigen Bedürfnissen der Zivilisation entspricht und die sich mehr und mehr als das System der Zukunft für alle sozialen Gruppierungen erweist. Die republikanische Idee, die ursprünglich aus romantischer Gedankenwelt und aus der Begeisterung hervorgegangen war, ist so durch die Praxis bestätigt und gekräftigt worden, und in Frankreich wenigstens werden die Sophismen gewisser Literaten, die von der Wiederherstellung der Monarchie träumen, von niemand mehr ernst genommen.

Wenn man an diesem Jahresende 1924 seinen Blick über die jüngste und entferntere Vergangenheit schweifen läßt, gelangt man zu der Feststellung, daß der Republik die Zukunft gehört!

Aufgaben der Internationale.

Ein Brief Friedrich Adlers an die Exekutive.

Wie bereits in den telegraphischen Berichten über die Sitzungen der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel mitgeteilt wurde, hatte Genosse Friedrich Adler den Antrag gestellt, ihn wegen Schwierigkeiten persönlicher Natur von den Funktionen eines Sekretärs der Exekutive zu entbinden. Auf Ersuchen der Exekutive erklärte sich Genosse Adler schließlich bereit, sein Amt bis zum nächsten internationalen Kongreß, der im Herbst dieses Jahres stattfindet, beizubehalten. Aus dem Brief, den Genosse Adler an die Exekutive schrieb, um seinen Rücktritt zu begründen, geben wir nachstehend einige Stellen wieder, die allgemeines Interesse beanspruchen. Nach einem Hinweis darauf, daß bisher, nach den Spaltungen der Kriegszeit, die organisatorische Zusammenfassung der sozialistischen Parteien im Vordergrunde stand, weist er darauf hin, daß die Marxisten, die heute eine Minderheit in der internationalen Arbeiterbewegung bilden, jetzt vor allem daran gehen müßten, die sozialistische Erkenntnis in der neu gebauten internationalen Organisation zu vertiefen:

„Die Marxisten sind eine Minderheit in der Internationale, und sie müssen sich stets bewußt sein, daß sie eine Minderheit sind, denn daraus erwächst die volle Klarheit über ihre Aufgaben. Sie können sich im Gegensatz zu den heutigen „Kommunisten" auf das „Kommunistische Manifest" berufen, daß sie „keine besondere Partei" gegenüber den anderen Arbeiterparteien sind. Nicht in der Abschließung, sondern im Strom der Gesamtbewegung, im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale allein kann die Aufgabe der Marxisten erfüllt werden.

Den Aberglauben, daß man die Parteien in gute und böse teilen könne und die „guten" zu einer Internationale vereinigen soll, habe ich nie geteilt. Denn die beiden Tendenzen finden sich innerhalb jeder wirklichen Massenpartei. Den Gegensatz ausmerzen wollen führt direkt zum bolschewistischen Wahnsinn der Kreuzenüfel von Konspiratoren, zur Reduzierung der Massenparteien auf Sekten. Daher muß es eine der Hauptaufgaben der Marxisten sein, die Gesamtbewegung vor Spaltungen zu schützen, daher war ihr Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung der internationalen Organisation gerichtet.

Aber ebenso wichtig ist es, innerhalb dieser neugebauten Organisation für die Verbreitung marxistischer Erkenntnis und Methoden zu sorgen. Diese Aufgabe scheint mir heute, nachdem die Organisation nun gesichert ist, als das nächste und wichtigste Erfordernis. Der Körper ist geschaffen, es handelt sich nun darum, den Geist zu entwickeln. Wir müssen die Internationale als Gesamtinstitution erhalten und ausbauen, wir müssen aber ebenso unsere Aufgaben als marxistische Minderheit, und zwar stets innerhalb der Internationale erfüllen."

Schwarzweißrote Ehrenmänner.

Vor den Wahlen meldeten wir bereits die Aufdeckung eines großzügigen „nationalen" Betrugsunternehmens. Die Beteiligten, unter denen sich eine Anzahl Söhne aus „guter Bürgerfamilie" befanden, hatten unter dem Deckmantel des sogenannten „Wiking-Bundes" die wohlhabenden nationalen Kreise gründlich geschröpft, zumal die Landwirtschaft des Halleschen Bezirkes, um ihren kostspieligen Neigungen in den Bars und sonstigen nationalen Vergnügungsstätten ungehindert nachgehen zu können. Auch eine Anzahl Hallescher Bürgertöchter haben ihre intimen Beziehungen zu diesen nationalen Helden mit den unausbleiblichen Folgen büßen müssen. Trotzdem der Skandal zum Himmel schrie, hatte die Staatsanwaltschaft die Burschen nach kurzer Haft bereits wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie haben diese dem nationalen Geiste schuldige Milde gebührend belohnt. Denn am Donnerstag wurden die erst kürzlich in Freiheit gesetzten Gauner erneut verhaftet. Das Polizeipräsidium Halle meldet dazu amtlich: „Drei ehemalige Mitglieder des Wiking-Bundes, gegen die schon ein Verfahren wegen Geheimbündelei, Betrugs und Urkundenfälschung schwebt, hatten hier einen Großdeutschen Kampfbund „Armin" gegründet in der Absicht, mit gefälschten Listen und Pässen in Dresden und Umgebung Geldbeträge zu sammeln und von Dresden aus nach der Tschechoslowakei zu gehen, um sich der gerichtlichen Bestrafung wegen des Verhaltens im Wiking-Bunde zu entziehen. Die drei Personen konnten festgenommen und das Material beschlagnahmt werden. Sie werden dem Gericht zugeführt."

Ebenso ist es gelungen, eine verbotene Roßbach-Organisation zu ermitteln. Acht Mitglieder dieser verbotenen Organisation konnten bereits festgenommen werden. Das Material dieser verbotenen Vereinigung, darunter ein Brief an Roßbach mit einer Deckadresse in Salzburg und ein Bund Dietriche, konnte ebenfalls beschlagnahmt werden. Interessant ist die amtliche Feststellung, daß Einbrecherwerkzeuge jetzt auch zur „nationalen" Ausrüstung gehören.

Abschied.

„Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen — Behüt' dich Gott, es hat nicht sollen sein!"

Der italienische Linksblock.

Mit Einschluß der katholischen Partei.

Das Oppositionskomitee Italiens hat am Sonnabend seine Zustimmung zu der bisherigen Taktik der beteiligten Parteien gegeben und mit Genugtuung die vollkommene Uebereinstimmung in der Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage und der Weiterentwicklung der gemeinsamen Aktion festgestellt. Die Blätter erblicken in dieser Verlautbarung eine Bestätigung dafür, daß die Opposition nicht in die Kammer zurückkehren werde. „Giornale d'Italia" meldet, daß das Komitee sich mit der Möglichkeit der Neuwahlen beschäftigt und auch hierfür ein gemeinsames Vorgehen beschlossen hat, also einen Block der Volksparteiler, Demokraten, Demosozialisten, unitarischen und maximalistischen Sozialdemokraten, Republikaner, Agrarparteiler und Sarden.

Man ist einig, daß im Fall der Wahlteilnahme der Block in den einzelnen Wahlkreisen mit je einem einzigen Kandidaten der Regierung gegenüberstehen wird.

Kommunistische Unterwürfigkeit

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß die kommunistischen Vertreter in den Parlamenten nichts anderes sind als Organe der russischen Bolschewisten. Sinowjew diktiert seine Befehle dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, das sie dann gehorsamst und untertänigst an die ihm unterstehenden Mitglieder weiterleitet. Schon vor den Maiwahlen hat Moskau die Untertänigkeit aller deutschen Parlamentsmitglieder, sei es nun im Reich, in den Ländern, Provinzen oder den Gemeinden verlangt. Anläßlich der Dezemberwahlen wurde diese Forderung erneuert und prompt hat die kommunistische Zentrale u. a. eine Erklärung verfaßt, die jeder kommunistische Stadtverordnetenkandidat unterschreiben mußte und unterschrieben hat. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Mit meiner eigenen handschriftlichen Unterzeichnung verpflichte ich mich ausdrücklich, nach meiner Wahl als Stadtverordneter nur stets entsprechend den Richtlinien der Kommunistischen Partei Deutschlands, in deren Auftrag ich das Mandat als Stadtverordneter ausübe, dieses mein Amt im Interesse der ausgebeuteten Klasse, die ich ausschließlich vertrete, zu erfüllen.

Für die Erfüllung dieser meiner Pflichten erkenne ich nur die maßgebenden Parteiinstanzen an, die zur Beaufsichtigung meiner Tätigkeit allein verpflichtet sind. Ich werde sofort mein Mandat zur Verfügung der Kommunistischen Partei Deutschlands stellen, wenn diese mich dazu auffordert. Ausdrücklich erkläre ich, daß ich ein unwürdiger Kämpfer der proletarischen Revolution bin, wenn ich diese Grundsätze verlasse, zu denen ich mich verpflichtet habe. Meine Parteigenossen berechtige ich, in aller Oeffentlichkeit mit Schimpf und Schande mich zu überschütten, wenn ich den Boden der revolutionären Disziplin verlasse und jemals anders handeln sollte. Der Fluch der revolutionären Arbeiterschaft soll dann so auf mir lasten, wie er auf jedem einzelnen Verräter ruht. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist berechtigt, untenstehende Mandatsniederlegung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung zu überreichen, wenn sie es für notwendig und richtig hält." (Es folgt dann die Abschrift eines Formulars zur „Mandatsniederlegung".)

Aus dieser Erklärung ergibt sich, in welcher Abhängigkeit sich die kommunistischen Parlamentsvertreter zu dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale befinden. Sie reicht so weit, daß sich der betreffende Kommunist selbst im voraus für den Fall eines Gesinnungswechsels gewissermaßen als Lump und Verräter erklärt. Der Charakter eines Mannes, der etwas derartiges unterschreibt, ist schon jetzt nicht mehr weit von dem entfernt, was er für Sinowjew und Scholem in dem Fall ist, daß er eine Vergewaltigung seiner Meinung ablehnt.

Der Achtstundentag in Kanada. Das kanadische Arbeitsministerium hatte kürzlich eine Anfrage bei der Industrie über die Anwendung des Achtstundentages veranstaltet. Es hat sich ergeben, daß von 5236 Firmen mit einer Arbeiterzahl von 690 317 54,22 Prozent 8 Stunden im Tage arbeiten. Der Prozentsatz der 48-Stundenwoche ist am höchsten im Transportgewerbe mit 91,6 Prozent und am niedrigsten im Fleischereigewerbe mit 19,23 Prozent.

Raucht Yenidze's Doppelpunkt: Die erstklassige 2-Pfg.-Zigarette.

Die drei Brueghels.

(Zum 300. Todestag des Samt-Brueghels. — 12. Januar.)

Von Rastignac.

Der neue, frische Zug, der seit dem 15. Jahrhundert die altflandrische Malerei zu beleben begann, gewann ihren stärksten Antrieb durch die Brüder van Eyck. Die [illegible] mit [illegible] Zeichnung und Kolorierung [illegible] einem [illegible] Naturstudium; das [illegible] löste sich in freie Bewegung auf. Plastische Gestaltung der Form, natürliche Haltung der Figuren und Energie, Leuchtkraft der Farbengebung wurden erreicht.

Allmählich aber kam die niederländische Malerei durch die Beeinflussung der italienischen Renaissance zu einem [illegible] Stilgemisch nordischer und südlicher Elemente. Nur den stärksten Naturen blieb es vorbehalten, diesen Zwiespalt zu einer befriedigenden Synthese zu führen.

Einer von den wenigen, denen es gelang, flämische und italienische Elemente zu einem Ganzen zu formen, ist Pieter Brueghel der Aeltere, der sogenannte Bauern-Brueghel. Er kann nicht nur als ein [illegible] Genie, sondern als der erste große Landschaftsmaler angesehen werden. Die [illegible] seiner Reise bewahrte ihn davor, durch südliche [illegible] geschwächt zu werden; nordische [illegible] und südliche [illegible] vereinigten sich zu einem geschlossenen Ganzen. Und es ist interessant zu sehen, wie sich in seinen beiden Söhnen diese Einheit [illegible]: Pieter Brueghel der Jüngere, der sogenannte Höllen-Brueghel, war [illegible], [illegible], hart und [illegible]; Jan, sein Bruder, der sogenannte Samt-Brueghel, von [illegible] Anmut und Zartheit.

Vom Leben dieses jüngeren Brueghel wissen wir [illegible], daß er 1625 gestorben ist. Was ihn uns heute noch besonders interessant erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß er die Bilder einer ganzen Reihe seiner [illegible] mit [illegible] versah. Wenn er, um nur ein Beispiel herauszugreifen, an den Bildern des Rubens [illegible], so ist der Beweis erbracht, daß seine [illegible] Natur ihn zum ergänzenden Helfer [illegible]. Auch die [illegible] von Elsheimer, die Landschaften Balens und [illegible] belebte er mit einer Fülle [illegible] zarter und [illegible] Figuren.

In der [illegible] in Mailand kann man heute noch zwei Brueghelsche [illegible] „Das Feuer" und „Das Wasser" bewundern, die Reihe eines Zyklus „Die vier Elemente". Die beiden anderen Stücke „Die Luft" und „Die Erde" wurden als Kriegsbeutestücke verschleppt und sind seitdem verschollen.

Wenn der Samt-Brueghel auch nicht zu den Großen seiner Zeit gerechnet werden kann, so ist seine Bedeutung als Blumen- und Früchtemaler doch nicht gering einzuschätzen. Gerade seine [illegible] Empfindlichkeit wußte diesen Vorwürfen besondere Reize in Weichheit und Duft der Farbengebung abzugewinnen.

Unter den deutschen Galerien hat die Staatliche Galerie zu Dresden den Vorzug, eine große Anzahl seiner Werke zu besitzen.

Danziger Stadttheater.

„Zar und Zimmermann."

Ja, in unserer Oper jagt eine Novität die andere: Gestern „Zar und Zimmermann", nächsten Sonntag „Tiefland" — man weiß nicht, was noch werden mag! Mag sich auch alles auf den Kopf stellen, wir in Danzig halten der [illegible] Tradition unverbrüchlich die Treue! Das weiß Gott und der Herr Intendant! Die „Ariadne" behauptet sich zäh und immer unter der Rubrik „In Vorbereitung", manchmal fügt sie eine Reihe höher, ein nächstes Mal eine Zeile tiefer, doch daß sie vorbereitet wird, daran läßt sich nicht zweifeln . . .

„Zar und Zimmermann" ist gewiß eine liebenswerte, [illegible] und [illegible] Sache, doch ganz so [illegible] und leblos darf sie nicht gegeben werden wie es gestern geschah. Die [illegible] Späße und jahrzehntealten Pointen, die man [illegible], haben keinen Hund mehr hinterm Ofen hervor — außer dem Danziger Publikum (hier ich einwendend), das (erwähnte ich) durch den schon [illegible] Schlendrian an unserer Bühne zu einer derartigen Anspruchslosigkeit [illegible] erzogen worden ist, um auf jeden [illegible] Unsinn hereinzufallen, der ihm geboten wird. Gleich die [illegible] Figur der Oper vom Bürgermeister, der [illegible] Bürgermeister van Bett, der sich, ach, so klug und weise wie nur je eine [illegible] [illegible] dünkt und dabei ein [illegible] [illegible] ist, war [illegible] angelegt: Herr Ludewigs machte aus ihm eine [illegible] [illegible] einem [illegible] [illegible] und [illegible] zu diesem Zwecke alle bekannten Rezepte. Daß [illegible] diese Partie eine [illegible] [illegible] darstellt, konnte [illegible] niemand [illegible]! ([illegible] denkt man an den [illegible] Paul [illegible].) Der Zar von Begemann war hoch annehmbar, wenn man davon absieht, daß dieser Sänger in letzter Zeit fast durchweg in einem unerträglichen heldenbaritonalen forte singt. (Immerhin konnte er die letzte Strophe seines berühmten Couplets dacapo singen.) Im übrigen waren Busch ein überzeugend galanter Tenorkavalier, Mann der eifersüchtige Biendozer, Hedi Kuhn ein nettes Gschpusi.

Rupert Koller saß am Pult und hatte keinen guten Tag. Das Orchester zeigte wenig Schmiß, wenig Uebermut und Laune, war sehr nüchtern und schwerfällig. Die Chöre hatte Gößling exakt einstudiert, und die Tänze stammten bestimmt von Fräulein Horten.

Das Publikum . . (siehe oben!). K. R.

Angelo Cana: „Der Werwolf".

Wilhelm-Theater.

Angelo Cana . . . Kommt man uns spanisch?

Eher schon könnt' es was Französisches sein. Doch auch dieses nicht. Was denn? Wer ist denn dieser „Engel von Cana"?

Ich will's Euch (weiter)-verraten: Es ist der gute Rudolf Sr[illegible] aus Berlin W. Aber immerhin: geboren zu Budapest. (Wer ihm zum 60. Geburtstag gratulieren will, tu es auf den 23. Februar; er verdient es, der launige Alte-Herr.)

Er kam uns schon manchmal mit Paprikaschnitzeln: „Casanovas Sohn" und so . . . Doch diesmal . . . Junge, Junge! Als ihm sein Werwolf entwischt war, bekam er scheinbar selbst ein wenig Angst. Und die zertretenen Hühneraugen empörter Moral sollten ihm wohl nicht noch in die nächtlichen Träume folgen. So floh er nach Spanien, wo die Zitronen blühn.

Im Wilhelm-Theater blühten am Sonnabend die Herzen auf. (Und die Gefühle . . .?) Ging es doch alle diese drei Akte hindurch um nichts als — das kleine bißchen, um das sich ja doch — immer ehrlich sein — alles im Leben dreht. Denn diese Angelegenheit hat nun einmal eine große Zukunft. (Prost! Einen Ganzen!)

Da ist also dieser Wehrwolf. Er bricht in die Hürde der behüteten und unbehüteten Frauen. Er ist ein Satyr der Kraft. Und ein Lakai. Er tut es allen. Drei jungen Frauen im Dorf zunächst mal. Er ist halt jung und verliebt. Der Vorgang ist schon um der Quantitätsleistung

Danziger Nachrichten

Die Wendung im Poststreit.

Die zweite Woche des Danzig-polnischen Postkonflikt beginnt in einer wesentlich ruhigeren Stimmung. Die erste Erregung ist auf beiden Seiten abgeflaut. In Warschau ist die durch die Beschädigungen der Briefkästen entstandene überhitzte Atmosphäre infolge der beruhigenden Erklärungen des Danziger Senats merkbar abgekühlt. Der Streit ist nun ganz auf den sachlichen Boden des Rechts gestellt und kann in dieser Hinsicht für Danzig nur einen erfolgreichen Ausgang nehmen. Daran ändern auch die von polnischer Seite erneut unternommenen Versuche nichts, die die Rechtslage zugunsten Polens verbiegen wollen. Nach dem klaren Wortlaut aller Bestimmungen der Konvention und auch des Wirtschaftsabkommens hat Polen nur das Recht, einen Postbetrieb im Hafen einzurichten und damit die Auslandspost von und nach Polen, sowie die Post der polnischen Behörden in Danzig zu befördern. Der Oberkommissar, dessen Entscheidung wohl bald zu erwarten ist, wird auf Grund dieser Rechtslage seine Entscheidung unschwer treffen können.

*

Erklärungen polnischer Minister.

Am Sonnabend empfing der polnische Minister für Minderheitenfragen, Thugutt, nach der Sitzung des politischen Ausschusses des Ministerrates die Vertreter der Presse, denen er nach einer Meldung der P.A.T. folgende Erklärung abgab: Ich bin glücklich, daß die bis gestern von Danzig kommenden Wolken sich etwas verzogen haben. Die letzte, heute früh veröffentlichte Erklärung des Danziger Senats bedeutet unzweifelhaft in gewissem Maße eine Entspannung der Lage an einer Stelle.

In bezug auf die polnische Post in Danzig besteht zwischen Polen und Danzig ein meritorischer (sachlicher) Streit, doch war es eine schwere Beleidigung gegenüber dem polnischen Staat; nicht nur eine Beleidigung der Ehre des polnischen Staates durch die Ausschreitungen des Pöbels, sondern auch durch die erste Note des Danziger Senats. Wir sind das friedlichste Volk und eine am meisten pazifistisch gesinnte Regierung, wir sind uns dessen bewußt welche Katastrophe für das Land jedwedes Abenteuer nach sich ziehen würde. Doch werden wir bei weitestgehendem Pazifismus niemand gestatten, die Ehre Polens zu beleidigen, ohne Rücksicht darauf, ob der Beleidigende stark oder schwach ist.

Nochmals stelle ich fest, daß die polnische Regierung bereit ist, die letzte Danziger Erklärung ohne Rücksicht auf die mehr oder weniger glückliche Form als ausreichende Genugtuung zu erachten.

Der polnische Außenminister Skrzynski behauptete sodann, daß in den letzten Ereignissen in Danzig der Wunsch des Senats zum Ausdruck kam, sich Verpflichtungen zu entledigen, die sich aus dem Versailler Vertrage und aus der Rechtslage ergeben, die klar und deutlich aus Artikel 29 der Pariser Konvention und im Artikel 149, 150 und 151 des Warschauer Abkommens hinsichtlich des Postdienstes im Danziger Hafen ergeben. Die Vorgänge hätten ein trauriges Licht auf die Interessen der Freien Stadt Danzig bedrohende Politik des Senats geworfen, der leider weiterhin seine Inspirationen nicht aus dem Versailler Vertrage nimmt, sondern aus Quellen, die nichts mit den wahren Interessen der Freien Stadt Danzig gemein haben und Polen feindlich gegenüberstehen.

Der derzeitige Zwischenfall ist soweit als beigelegt zu betrachten, daß der Senat Genugtuung für die Beleidigung gegeben hat, die die polnische Regierung in dem letzten Zwischenfall erblickte. Die sachliche Seite, die unzweifelhaft klar den Boden bildet, auf dem die polnische Regierung unerschütterlich stehen würde, sei durch Danzig dem Hohen Kommissar des Völkerbundes als erste Instanz zur Entscheidung übergeben worden. Die polnische Regierung hoffe, daß diese Frage dem obenerwähnten Abkommen gemäß durch den Hohen Kommissar entschieden werde.

Was in rechtlicher Beziehung von diesen Erklärungen zu halten ist, haben wir bereits oben ausgeführt. Erfreulich ist nur, daß man auch in Warschau eingesehen hat, daß es besser ist, den Konflikt in ruhiger, sachlicher Weise zur Entscheidung zu bringen.

*

Auch die Angriffe der Warschauer Presse gegen Danzig beruhigen sich immer mehr. Es scheint fast, als ob man zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß der eingeschlagene Weg nicht gerade der richtige ist.

„Kurjer Poranny" nimmt z. B. schon gegen die rechtsstehende Presse Stellung, weil sie „dafür gewesen ist, bewaffnete Macht nach Danzig zum Schutze der Postkästen einrücken zu lassen". — Diese Auffassung der Pressestimmen auch von polnischer Seite beweist schlagend wohin der Weg ging. — Das liberale Blatt ist der Ansicht, daß es genügt, Maler anzustellen, die die Briefkästen wieder mit den polnischen Farben überstreichen.

Dafür regt sich aber jetzt die Presse des ehemaligen preußischen Teilgebiets umso mehr auf. Wie man aber diese Fragen zu beurteilen hat, geht daraus hervor, daß z. B. „Glos Pomorski" anscheinend noch nicht einmal gemerkt hat, daß seit einem Jahre Macdonell Völkerbundskommissar in Danzig ist, sondern immer nur von Herrn Haking spricht. Der Posener „Kurier Poznanski" benutzt die Gelegenheit, um die polnischen Kaufleute aufzufordern nicht die Danziger Messen zu besuchen. Dieses Verhalten dürfte wohl kaum auf politische Erwägungen zurückzuführen sein, sondern seinen Grund darin haben, daß der „Kurier Poznanski" das Organ der Messeleitung ist.

Reingefallene Hafendiebe.

Ueber Diebstähle im Hafen wird ja des öfteren geredet und noch häufiger werden die Hafenarbeiter dieser Diebstähle bezichtigt. Daß die Diebe vielfach in anderen Kreisen zu suchen sind, zeigte bereits der letzte Hafenarbeiterstreik und jetzt wieder eine Gerichtsverhandlung.

Wegen gemeinsamen Einbruchsdiebstahls und Zollhinterziehung hatten sich vor der Strafkammer zu verantworten: Die Expedienten Albert Tuchinski und Herbert Spredike und der Zollobermachtmeister Josef Markiewicz. Tuchinski war bei einer Speditionsfirma beschäftigt und hatte einen Waggon mit Tuchen, der auf dem Weichselbahnhof stand, für diese Beraubung ausersehen. Der Oberwachtmeister wurde überredet, sich an dem Diebstahl zu beteiligen. In der Frühstückspause wurde die Beraubung des Waggons vorgenommen und eine Rolle Tuch entwendet. Der Waggon wurde dann wieder verschlossen. Tuchinski hatte vorher die Plombe seiner Firma gelöst und brachte nun eine neue Plombe an. Dann wurde der Oberwachtmeister herbeigeholt, der nun die Plombe der Zollverwaltung neu anbrachte. Der Waggon sollte nun weitergehen und auf seiner Endstation sollte dann von der empfangenden Firma festgestellt werden, daß der Waggon auf unerklärliche Weise bestohlen oder gar unrichtig beladen worden sei. Die Rolle enthielt 45 Meter Stoff und hatte einen Wert von 1125 Gulden. Der Oberwachtmeister erhielt 3 Meter Stoff und den Rest brachten die beiden Expedienten bei sich und Verwandten unter. Die Beraubung des Waggons wurde aber noch hier bemerkt und die Speditionsfirma benachrichtigt. Tuschinski glaubte aber, daß es sich hier um eine zweite Beraubung handle. Er selber benachrichtigte deshalb die Kriminalpolizei, die aber bei ihren Nachforschungen auf die Angeklagten stieß. Sie sind geständig. Tuschinski und Spredike wurden verurteilt wegen Beamtenbestechung, schweren Diebstahls und schwerer Zollhinterziehung zu je 1 Jahr Gefängnis, 646 Gulden Zollstrafe und 1125 Gulden Wertersatz. Der Oberwachtmeister erhielt wegen Beamtenbestechung und schwerer Zollhinterziehung als Beamter 1 Jahr, 3 Monate Gefängnis, 646 Gulden Zollstrafe und 1125 Gulden Wertersatz.

Neue Lösung der Wohnungsbaufrage.

Die Gemeinden sollen bauen.

Nachdem im Volkstag alle bisherigen Gesetzentwürfe über den Wohnungsbau, mögen sie vom Senat oder von den Parteien eingebracht worden seien, keine Mehrheit gefunden haben, hat der Senat dem Volkstag einen neuen Gesetzentwurf unterbreitet, nach welchen die Gemeinden verpflichtet werden, den Häuserbau vorzunehmen. Der letzte Gesetzentwurf des Senats, um den seit dem 26. März v. J. gekämpft wird, wollte den Wohnungsbau staatlich vollziehen. Die Agrarier setzten Widerstand entgegen, weil sie sich immer von der Steuerzahlung drücken und auch nichts für den Wohnungsbau hergeben wollen. Auf dem Lande soll die Wohnungsnot verewigt werden und die baufälligen Katen, in welchen die Landarbeiter wohnen müssen, bestehen bleiben.

Durch das neue Gesetz sollen die Gemeinden der Freien Stadt Danzig beauftragt und verpflichtet werden, Maßnahmen zum Wohnungsbau zu treffen. Der Senat ist der Auffassung, daß sich in den Gemeinden leichter eine Mehrheit für die Bewilligung der notwendigen Geldsummen finden wird. Die Lohnsummensteuer soll beibehalten werden.

Das Gesetz bestimmt in seinen wesentlichsten Teilen:

Die Gemeinden der Freien Stadt Danzig sind verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zur allmählichen Beseitigung der auf ihrem Gebiet herrschenden Wohnungsnot zu treffen.

Die erforderlichen Geldmittel sind durch Steuern von dem bebauten Grundbesitz aufzubringen.

Die Gemeinden sind berechtigt und verpflichtet, den Mietzins für Gebäude und Gebäudeteile in Hundertsätzen der Friedensmiete festzusetzen (gesetzliche Miete). Die Festsetzung der gesetzlichen Miete kann für einzelne Gattungen von Mieträumen unterbleiben. Die Gemeinden haben die Verpflichtung, bei Festsetzung der gesetzlichen Miete, insbesondere die auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Steuern, zu berücksichtigen. Jeder Grundstückseigentümer ist berechtigt, von seinem Mieter die gesetzliche Miete zu fordern, und jeder Mieter ist zur Zahlung der gesetzlichen Miete verpflichtet, ohne daß es einer Zustimmung seitens des Mieteinigungsamtes und ohne daß es einer Kündigung bedarf.

Von der Besteuerung sind auszuschließen Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Gebäudeteile, wenn der Bau erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden ist. Die mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln aufgeführten Bauten sind ebenfalls von der Steuer auszuschließen, wenn die zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel mindestens mit 40 v. H. des Goldwertes aufgewertet sind oder aufgewertet werden.

Dieses Gesetz soll mit der Verkündigung in Kraft treten. Die Ausführungsbestimmungen soll der Senat erlassen.

Tageschronik.

Auf seiner Arbeitsstelle brachte sich der 19 Jahre alte Kaufmann Franz K. aus Emaus einen Schuß in die Herzgegend bei. K. wurde im bedenklichen Zustande in das Städt. Krankenhaus eingeliefert. — Als der 26 Jahre alte Kaufmann Albin Barnetzki am Sonnabendnachmittag am Hauptbahnhof die Straße überschreiten wollte, wurde er von einem Auto angefahren und zu Boden geworfen, wobei B. eine Kopfverletzung und Hautabschürfungen erlitt. — Im angetrunkenen Zustande stieß sich der Arbeiter A. St. in seiner Wohnung mit einem Messer in die Magengegend. — Der Chauffeur Josef Schulz, Mirchauer Weg 2, hatte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mit seinem Kraftwagen an der Sporthalle eine Panne. Um seinen Fahrgast die Möglichkeit zur Weiterbeförderung zu geben, rief er ein von der Ostseestraße kommendes Auto an. Im gleichen Augenblick kam ein anderes Auto aus der Richtung Danzig, das den Schulz überfuhr. Er mußte mit einem Beckenbruch ins Krankenhaus gebracht werden. — Die Lehrerin Olga Harder, die in der vergangenen Woche in ihrer Wohnung in Langfuhr mit einer Leuchtgasvergiftung aufgefunden wurde, ist am Sonnabendnachmittag im Krankenhause verstorben.

Der § 218 im Film.

Der Unsinn des § 218, der dem Arzt jede Hilfe gegenüber den Müttern verbietet, denen gesundheitliche oder ir ale Motive es erschweren, Mütter werden zu können oder zu dürfen, ist jetzt auch im Film zur Darstellung gebracht. Eine ungeheure wissenschaftliche (ärztliche und juristische) sowie soziologische Literatur beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem ungeheuren Problem, das heute — durch die wissenschaftlichen und gesundheitlichen Kriegsfolgen — fast in jeder Ehe wohnt. Die Frage der Reform des § 218, ob eine Frau stets Mutter werden soll, ist eine der brennendsten unter vielen Zeitsorgen. Bei der Unmöglichkeit, dieses nicht nur hygienische und soziale, sondren auch gefühlsmäßige Problem in trockenen, sachlichen Abhandlungen im Film wiederzugeben, hat man an Stelle eines Aufklärungsfilms eine Handlung verfilmt. Unter dem Titel „Muß die Frau Mutter werden" wird der Schicksalsweg einer unglücklichen Frau behandelt.

Der Film geht aber auch nicht an dem Mutterglück vorbei, ebensowenig unterläßt er den Hinweis auf die Verantwortlichkeit gegenüber der Nachkommenschaft. Er ist — was überaus notwendig ist — eine große Warnung vor der Gefährlichkeit des verpönten Eingriffs. Anderseits zeigt er, daß durch den Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft, besonders in der Vererbungstheorie, die ärztliche Hilfe erweitert werden soll. Es ist darauf Bedacht genommen, Heikles mit der größtmöglichsten Diskretion zu behandeln. Erste Künstler wirken darin mit. Der Film ist ein Zusammenwirken von Warnung und Erhebung, von Mahnung und Forderung. Er kommt demnächst im „Flamingo"-Theater zur Aufführung.

Ausbildungskursus für Fischer. In Schiewenhorst wird auf Veranlassung des Westpr. Fischereivereins demnächst ein Navigationskursus für Fischer beginnen. Die Kursusteilnehmer werden, um eine größere Sicherheit der Boote bei weiteren Fahrten zu erzielen, mit den elementaren Begriffen der Küstenschiffahrt bekannt gemacht, so daß sie imstande sind, Kompaß, Loog und Seekarte zu gebrauchen. Ferner wird das Seestraßenrecht, über das bei den Führern kleiner Fahrzeuge, die ein staatliche Prüfung nicht abzulegen brauchen, vielfach eine Unklarheit herrscht, eingehend durchgesprochen.

Aeltere Angestellte in Not.

Die soziale Rückständigkeit der Arbeitgeber.

Aus Angestelltenkreisen wird uns geschrieben:

Im Gegensatz zu dem allgemeinen Arbeitslosenproblem, das im wesentlichen erst in der Nachkriegszeit in Erscheinung getreten ist, ist die Frage der alternden Angestellten schon vor dem Kriege viel erörtert worden. Schon zu jener Zeit zeigte sich in Arbeitgeberkreisen große Neigung, ältere Angestellte bei Stellenbesetzungen auszuschließen oder gar im Falle von Entlassungen vorzugsweise zu berücksichtigen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte wesentlich geändert. Von einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, wie es in der Vorkriegszeit im allgemeinen bestand, kann heute keine Rede sein. Das Angebot von Arbeitskräften übersteigt den Bedarf bei weitem. Die in Danzig bereits nach vielen Hunderten zählende Zahl stellenloser Bewerber steigt infolge der anhaltenden Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag weiter an. Während aber die im mittleren und jüngeren Alter stehenden Bewerber damit rechnen können, im Falle eines Konjunkturumschlages endlich wieder eine geeignete Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit zu finden, sind die Aussichten für die im vorgerückten Alter stehenden Beschäftigungslosen sehr trübe.

Die Neigung der Arbeitgeber, ältere Angestellte nicht einzustellen oder gar zu entlassen, ist gegen früher aber stärker denn geringer geworden. Die Vornahme von Betriebseinschränkungen und ähnliche Anlässe sind von den Arbeitgebern vielfach dazu benutzt worden, sich vorzugsweise älterer Angestellter zu entledigen. Auch das Bestreben der abgebauten Beamten, in Handel und Industrie unterzukommen, muß hier erwähnt werden, weil diese sich — gestützt auf ihre Pensions- und Wartegeldbezüge — vielfach zu niedrigen Gehältern anbieten und dadurch kurzsichtige Arbeitgeber in Versuchung bringen, ihre älteren, angemessener bezahlten, Mitarbeiter durch solche billigeren Kräfte zu ersetzen.

Bedauerlicherweise sind die Möglichkeiten, hier mit Hilfe des Gesetzgebers einzugreifen, sehr beschränkte. Der hier und da auftauchende Gedanke, nach dem Vorbilde des Schwerbeschädigtengesetzes eine allgemeine Einstellungs- und Beschäftigungspflicht festzulegen, erscheint kaum durchführbar. Auch die durch geltende Gesetze und Verordnungen geschaffenen Handhaben dürfen, namentlich soweit Einstellungen in Frage kommen, nicht überschätzt werden, weil es infolge Weigerung der Arbeitgeber bisher nur in verhältnismäßig wenigen Fällen gelungen ist, die gesetzlich vorgesehenen Richtlinien über die Mitwirkung bei Einstellungen festzulegen. Wirksamer kann natürlich gegen Kündigungen vorgegangen werden und es muß erwartet werden, daß die Angestellten-Ausschüsse ihren ganzen Einfluß im Sinne der Unterbindung ungerechtfertigter Entlassungen Aelterer geltend machen. Da aber Angestellten-Ausschüsse nur in einem Teil der Betriebe überhaupt bestehen, ist auch damit nicht allzuviel erreicht.

Eine wirksame Abhilfe ist vielmehr nur von einer Umstellung der Arbeitgeber selbst zu erhoffen. Es muß erwartet werden, daß sich die Arbeitgeber wieder mehr auf ihre sozialen Pflichten ihren Mitarbeitern gegenüber besinnen. Jeder Arbeitgeber, der die Arbeitskraft eines Angestellten jahre, ja vielleicht jahrzehntelang hindurch in Anspruch genommen hat, sollte sich im klaren darüber sein, daß es nicht zu verantworten ist, diese Angestellten in dem Augenblick ihrem Schicksal zu überlassen, wo die Kräfte nachzulassen beginnen oder die allgemeinen Arbeitsmarktverhältnisse neue Unterkunftsmöglichkeiten ausschließen. Sehr oft kann aber von einer Verminderung der Leistungsfähigkeit gar keine Rede sein. Die Tatsache, daß eine gewisse Altersgrenze erreicht ist, genügt dem Arbeitgeber bereits, die betreffenden Angestellten zu meiden. Es wird hierbei übersehen, daß gerade diese Angestellten auf Grund ihrer jahrzehntelangen Berufstätigkeit über ein derartiges Maß von Kenntnissen und Erfahrungen verfügen, daß sie nicht nur ihren bisherigen Posten weiterhin voll und ganz ausfüllen würden, sondern auch durchaus in der Lage sind, in einer neuen Stellung dem neuen Unternehmen vollwertige Dienste zu leisten. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die jetzige Voreingenommenheit in Arbeitgeberkreisen den ältern Angestellten gegenüber verschwindet und zwar nicht nur im Interesse der unmittelbar beteiligten Angestellten, sondern auch der Betriebe selbst und damit der Danziger Wirtschaft, die zu ihrem Wiederaufbau der Mitarbeit gerade der erfahrensten und tüchtigsten Kräfte dringend bedarf.

Die nächste Sitzung des Volkstages, die, wie bereits mitgeteilt, am Mittwoch, den 14. Januar, nachmittags 3½ Uhr, stattfindet, hat sich mit folgender Tagesordnung zu befassen: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl der drei Vertreter der Präsidenten für den Richterwahlausschuß. 3. Einführung des Präsidenten des Senats und der sieben Senatoren im Hauptamt und ihre Verpflichtung. 4. Erste Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs zur Aenderung des Gesetzes betr. Errichtung einer Elektrizitätsstelle. 5. Die Abänderung eines Wandergewerbesteuergesetzes. 6. Die Abänderung der Verordnung über Preistreiberei. 7. Erste Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs betr. Anklage von Senatoren wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung oder eines Gesetzes. 8. Die Abänderung des Gewerbesteuergesetzes. 9. Zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Vornahme regelmäßiger Erhebungen im Bereiche der Landwirtschaft. 10. Dritte Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Landgemeindeordnung.

Postpakete, die nicht befördert werden. Sendungen mit tierischen Teilen und Erzeugnissen wie Fleisch, Häute, Därme, Schlünde usw. in frischem oder in trockenem Zustande (ausgenommen Milch, Sahne, Butter, Käse), die aus Polen, Litauen, dem Memelgebiet und dem Gebiet der Freien Stadt Danzig herrühren, dürfen im allgemeinen nach Deutschland nicht eingeführt, auch nicht im Durchgang durch Deutschland befördert werden. Zur Postbeförderung sind diese Waren in Deutschland nur zugelassen, wenn sie von einer Einfuhrgenehmigung des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten begleitet sind. Diese Sendungen werden von den deutschen Grenzeingangspostanstalten vor der Weiterbeförderung in das Reichsgebiet den Grenzzollstellen zur Prüfung der Zulässigkeit der Einfuhr vorgeführt.

Herabsetzung der Gerichtskosten. Nachdem durch das Gesetz vom 8. April 1924 die bis dahin geltenden Gebührensätze des Preußischen Gerichtskostengesetzes herabgesetzt sind, hat sich herausgestellt, daß diese Ermäßigung noch unzureichend ist. Alle beteiligten Kreise haben die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung anerkannt. Der Senat hat deshalb dem Volkstag ene Ermäßigung der Gebühren in Vorschlag gebracht, die etwa ein Drittel der bisherigen Sätze beträgt.

Aus dem Osten

Elbing. Wie ein Hauswirt nicht sein soll. Wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Elbinger Amtsgericht den Hausbesitzer Gustav Adolf Maruhn zu sechs Monaten Gefängnis. Zwei Monate hat M. zu verbüßen, dann wird die Reststrafe unter der Bedingung ausgesetzt, daß M. den beim Verletzten angerichteten Schaden wieder gut macht. Im Grundstück des M. wohnt der Arbeiter Gustav Schönfeld, der recht säumig im Zahlen der Miete war. Eines Tages zerschlug M. bei Sch. ein Fenster, stieg in die Wohnung und pfändete eine Wanduhr und ein Kleiderspind, welche Sachen M. aber wieder freigeben mußte. Am 10. November 1924 bearbeitete M. den Sch. mit einem 15 Pfund schweren Hammer, so daß dem Sch. eine Rippe gebrochen und ein Auge stark beschädigt wurde. Um dem Sch. die Wohnung zu verleiden, schlug M. bei ihm eine Wand ein.

Königsberg. Aussperrung der Hafenarbeiter aufgehoben. Die in Berlin geführten Verhandlungen mit der Spitzenorganisation haben zu einer vollkommenen Einigung geführt. Die Aussperrung wurde Sonntag nacht aufgehoben. Das Abkommen bedeutet eine Verlängerung des Tarifvertrages einschließlich der zehnstündigen Arbeitszeit bis zum 31. Dezember d. J. Der Stundenlohn beträgt 65 Pfg. Die Akkordsätze sind um 5 Prozent erhöht.

Königsberg. Ein neuer Todesfall von Haffkrankheit. Nachdem längere Zeit unter der Fischerbevölkerung keine Krankheitserscheinungen wahrzunehmen waren, hat sich in Fischhausen wieder ein Todesfall ereignet. Der Fischerwirt Karl-Martin Kristandt war mit seinem Boot auf das Frische Haff gefahren, um mit dem Garn zu fischen. Nicht weit von Neplecken wurde er von plötzlichem Unwohlsein befallen; er mußte sofort an Land gebracht und in seine Wohnung getragen werden, wo er nach drei Stunden unter den bei der Haffkrankheit üblichen Erscheinungen verstarb. Der Mann ist vorher gar nicht krank gewesen.

Königsberg. Ein Kind von der Straßenbahn überfahren. Freitag wurde auf dem Roßgarten das vierjährige Söhnchen Helmuth des Hauptmanns beim Wehrkreiskommando Weiß vom Wagen 149 der Linie 1 überfahren und getötet. Das Kind wurde vom Straßenbahnwagen erfaßt, zu Boden gerissen und von dem rechten Rade der Vorderachse überfahren. Dem Wagenführer wurde es möglich, kurz zu bremsen. Es bestand jedoch keine Möglichkeit, den unter dem seitlichen Rahmen zwischen den Achsen regungslos liegenden kleinen Körper zu befreien. In wenigen Minuten erschienen Unfallwagen und ein Feuerwehraufgebot mit Hebezeugen. Erst durch die Anwendung eines starken Hebebaumes in Verbindung mit einer Winde konnte der Wagen seitlich angekippt und das tote Kind hervorgezogen werden. Den Wagenführer soll keinerlei Schuld treffen.

Königsberg. Fingierte Namen. Die preußische Regierung teilt mit, daß die in der Presse leidenschaftlich erörterten Vorgänge bei der Landesbank der Provinz Ostpreußen einer Untersuchung unterzogen worden sind. Sie hat zu einer Beanstandung der Gewährung von Vorzugszinssätzen an einzelne Verwaltungsratsmitglieder geführt. Beanstandet wurde ferner die Vornahme einer einzelnen nicht zulässigen Buchung bei einem, in der Inflationszeit vorgenommenen Kommissionsgeschäft auf einen erdichteten Namen. Bekanntlich lag die Geschäftsführung bei der Landesbank der Provinz Ostpreußen in Händen, die deutschnationalen Kreisen nahestehen. In gewissem Sinne hat man es, soweit der alte vielgerühmte wilhelminische Beamte in Frage kommt, mit einer [illegible] ähnlichen Angelegenheit zu tun wie bei der Preußischen Staatsbank. Das Verhalten der Bank hat m. E. so viel mit geschäftlicher Korrektheit zu tun wie der Fall Kutisker mit ehrlichem Geschäft.

Libau. Auf der Ostsee umhergetrieben. Lettländische Blätter berichten, daß unweit Libau das Wrack eines Dreimastschoners an Land getrieben wurde. Der Segler hatte auf der Reise von Finnland nach Dänemark Havarie erlitten und ist 34 Tage lang auf der Ostsee umhergetrieben worden. Er hat alle schweren Stürme der letzten Zeit überstanden. Die Besatzung war 14 Tage nicht aus den Kleidern gekommen. Als die Leute an Land gingen, konnten sie sich vor Erschöpfung kaum noch aufrechterhalten.

Breslau. Bevorstehende Enteignungen in Polnisch-Schlesien. Die polnische Regierung hat im Sinne der Vorschriften der Genfer Konvention die Großgrundbesitzer im oberschlesischen Teil der Woiwodschaft Schlesien von ihrer Absicht der Enteignung in Kenntnis gesetzt. Danach sollen der Enteignung unterliegen: Vom Besitztum des Grafen Nikolaus von Ballestrem in Ruda insgesamt 230 Hektar. Von der A.-G. Georg von Giesches Erben in Kattowitz insgesamt 3150 Hektar. Vom Besitz des Fürsten Christian Kraft von Hohenlohe-Oehringen insgesamt 301 Hektar. Von der Baronin Maria von Rothschild-Goldschmidt in Rybnik insgesamt 1018 Hektar. Vom Fürsten Karl Maximilian Lichnowsky in Rybnik insgesamt 1930 Hektar. Vom Besitz der Stadt Ratibor auf dem Gebiete des Kreises Rybnik insgesamt 297 Hektar. Vom Herzog Viktor von Ratibor auf dem Gebiete von Rybnik 495 Hektar. Vom Besitz des Herrn Gabriel von Ruffen im Kreise Rybnik 375 Hektar. Vom Grafen Wilhelm von Saurma-Jeltsch Rybnik 439 Hektar.

Kattowitz. Der vierte Insurgentenprozeß. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig fand der vierte Prozeß gegen Angehörige des polnischen Insurgentenverbandes statt. Zu verantworten hatten sich der Zigarrenhändler Paul Buchta aus Rosdzin, im Kreise Kattowitz, und 15 weitere Angeklagte unter der Anschuldigung, in den Jahren 1923 und 1924 im In- und Ausland, namentlich in Schoppinitz, Kattowitz, Rosdzin, durch ihre Tätigkeit für den Verband bzw. Zugehörigkeit zu ihm, das hochverräterische Unternehmen der Losreißung von Deutsch-Oberschlesien vorbereitet zu haben. Das Urteil lautete gegen Buchta, der eine führende Rolle spielte, auf drei Jahre Festungshaft und 10 000 Mark Geldstrafe, gegen die übrigen auf sechs Monate Festung und 200 Mark Geldstrafe. Bei Buchta wurden die Geldstrafe und vier Monate Untersuchung angerechnet. Sämtliche übrigen Strafen sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Gegen Buchta und vier weitere Angeklagte, die die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, wurde außerdem auf Ausweisung aus dem deutschen Staatsgebiet erkannt.

Aus aller Welt

Familienmord eines Verzweifelten. In Chemnitz hat ein infolge längerer Krankheit schwermütig gewordener Fleischermeister sich selbst, seine 80jährige Mutter und seinen 16jährigen Sohn durch Gas vergiftet.

Unterschlagungen eines Postsekretärs. Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurde gestern der Oberpostsekretär Ernst Markschenk aus Dortmund, der seit Ende November von der dortigen Polizei gesucht wird, verhaftet. Markschenk hatte auf seinem Amt im Laufe der Zeit 24 000 Mark veruntreut und wurde vor einer Kassenrevision flüchtig. Von dem Gelde wurde nichts mehr bei ihm vorgefunden.

Ein neuer Automobilunfall in Berlin. Wiederum hat sich ein schwerer Autobus-Unfall in Berlin ereignet, und zwar in unmittelbarer Nähe der Stelle, an der vor drei Tagen ein Omnibus umgestürzt ist und 31 Personen verletzt worden sind. Auch diesmal wurde am Sonnabendabend ein Autobus am Schöneberger Ufer von einer Kraftdroschke angefahren. Der Chauffeur des Autobusses verlor die Gewalt über das Steuer, und der Wagen schwenkte nach rechts herum, überrannte einen Laternenpfahl und einen Baum und kam schließlich einen halben Meter vor der Böschung des Landwehrkanals zum Stehen. Dabei wurde der Kaufmann Wilhelm Lenschner, der vom Verdeck des Omnibusses herabsprang, um nicht in den Kanal zu stürzen, schwer verletzt. Die übrigen Insassen des Autobusses kamen mit dem Schrecken davon. Wie beim ersten Unfall wären die Folgen furchtbare gewesen, wenn der Autobus nur um einen halben Meter weiter gerutscht wäre. Der Chauffeur, der das Unglück herbeigeführt hat, fuhr mit seiner Kraftdroschke eiligst davon. Man nahm die Verfolgung der flüchtigen Kraftdroschke auf, doch entkam der flüchtige Chauffeur.

Großfeuer in St. Goarshausen. In einer St. Goarshausen benachbarten Domäne entstand infolge Kurzschlusses in einer Scheune Feuer, das gewaltigen Umfang annahm. Von St. Goarshausen und der Nachbarschaft eilten die Feuerwehren herbei, die jedoch vollkommen machtlos waren, da es an Wasser mangelte. Das Vieh konnte gerettet werden. Von den Gebäulichkeiten sind 80 Meter Häuserfront dem verheerenden Element zum Opfer gefallen und bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Die Frau in der Notwehr erschossen. Eine blutige Familientragödie ereignete sich in Hohenschönhausen. Der Kolonialwarenhändler Walter Bahn erschoß dort seine Ehefrau Ella geb. Hesse. Frau Bahn war, wie schon oft, mit ihrem Manne in Streit geraten. Im Verlaufe dieses Streites ergriff sie ein großes Messer und drang damit auf ihren Mann ein. Der Bedrohte sprang hinter den Ladentisch, ergriff einen dort verborgen gehaltenen Revolver und gab auf seine Ehefrau einen Schuß ab, der sie sofort tot zu Boden streckte. Bahn wurde von Nachbarn und der herbeigerufenen Polizei festgenommen. Seine Aussagen, sowie die der 16jährigen Tochter, die bei dem Auftritt zugegen war, ergaben ein trauriges Familienbild. Frau Bahn unterhielt schon als Mädchen ein Verhältnis mit einem Italiener und setzte dies auch in der Ehe fort. Ihr Mann machte ihr deshalb des öfteren heftige Vorwürfe, und so kam es immer wieder zu Streitigkeiten. Frau Bahn hatte ihren Mann schon mehrmals mit einem Beile angegriffen. Bahn wurde nach Aufnahme des Befundes wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ein Gendarmerieoffizier als Raubmörder. Der 38 Jahre alte Schlächtermeister Franz Kodelka verschwand vor zwei Tagen aus Budapest. Er verließ seine Wohnung mit 100 Millionen Kronen, um einen Besuch bei dem ihm befreundeten Gendarmerie-Oberleutnant Julius Lederer zu machen. Die Polizei nahm bei letzterem eine Haussuchung vor und stellte fest, daß Lederer mit Hilfe seiner Frau seinen Gast erschoß, ihm seine Barschaft raubte und dann seinen Körper zerstückelte, um ihn im geeigneten Augenblick in die Donau zu werfen. Beide wurden verhaftet. Anläßlich des polizeilichen Lokalaugenscheines in seiner Wohnung hat der Gendarmerie-Oberleutnant Lederer das Geständnis abgelegt, daß er den Schlächtermeister Kodelka mit vorbedachter Absicht ermordet und ausgeraubt hat.

Eine Krankenschwester verbrannt. In Pforzheim ereignete sich im Städtischen Krankenhaus ein schwerer Unglücksfall, bei dem eine Krankenschwester ihr Leben einbüßte. Während der Operation einer Frau entstand in einem Nebengemach ein Brand, der dadurch hervorgerufen wurde, daß aus zwei gläsernen Kolben mit Benzol denaturierter Spiritus in die darunter befindliche Waschvorrichtung floß und sich entzündete. Die Krankenschwester versuchte, das Feuer zu löschen, löste hierbei den Schlauch des einen Kolbens, und der Spiritus floß, sich entzündend, über die Schwester. Diese trug am ganzen Leibe furchtbare Brandwunden davon, denen sie erlag.

Chinesischer Gaunerstreich in Hamburg. Das Gauner- und Verbrechertum hat einen internationalen Charakter. In keiner Stadt tritt das aber stärker hervor als in Hamburg. Der Verkehr fremder Schiffe bringt es mit sich, daß zahlreiche dunkle Elemente vor allem Hamburg als eine gute Domäne betrachten. So hat sich erst kürzlich wieder in Hamburg ein chinesischer Gauner einen besonderen Hochstaplerstreich geleistet. Dieser Gentleman wandte sich an eine bekannte Hamburger Waffenfabrik mit der Mitteilung, er sei beauftragt, für die japanische Regierung größere Mengen Waffen und Munition zu kaufen. Daraufhin wurden ihm 200 Mauserpistolen und 40 000 Patronen unter der Bedingung überwiesen, daß sie sofort nach Ablieferung auf dem japanischen Dampfer zu bezahlen seien. Während aber nach der Uebergabe der Händler noch auf der einen Seite des Schiffes auf den Chinesen und das Geld wartete, ließ dieser die Waffen bereits mit Hilfe einiger bestochener Matrosen in ein anderes Fahrzeug laden, mit dem er davongondelte. Dieser Meisterstreich brachte dem Abkömmling des Reiches der Mitte jetzt sechs Monate Gefängnis ein.

„Der schwarze Sepp". Mindestens 60 Geldschrankeinbrüche hat eine dreiköpfige Berliner Bande auf dem Kerbholz, die in der Provinz und im Reiche arbeitete. Sie bestand aus einem Maler Johann Wyrwicki, einem Schlosser Wilhelm Bauer und einem Josef Schwarz, der in seinen Kreisen den Spitznamen „der schwarze Sepp" führt. Wyrwicki und Bauer wurden bereits Mitte November festgenommen. Schwarz hielt sich immer noch verborgen. Die drei führten ein Doppelleben. In Berlin spielten sie die harmlosen Leute. Sie besuchten auch nie ein Lokal mit zweifelhaften Gästen. Um so eifriger betrieben sie Sport. Wyrwicki handelte mit Marmorwaren aller Art und besuchte namentlich große Anstalten, Finanzämter, Gemeindeämter, Krankenkassen, Brauereien usw. In jedem Zimmer bot er seine Waren an, und so kundschaftete er aus, wo die Geldschränke standen, wie sie beschaffen waren und ob zu ihrer Bewältigung ein Sauerstoffgebläse oder nur der gewöhnliche Knabber erforderlich sei. Durch ständige Beobachtung der Geliebten des „schwarzen Sepp" gelang es, auch diesen zu verhaften.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

S.P.D.-Volkstagsfraktion. Dienstag, den 13. Januar, abends 7 Uhr: Wichtige Fraktionssitzung im Volkstagsgebäude.

Gesangverein „Sängergruß". Am Dienstag, 13. Januar, abends 7 Uhr, im Uebungslokal, Jahres-Generalversammlung. Alle Mitglieder, auch Passive, sind hiermit eingeladen. **Der Vorstand.** (16139

SPD. 8. Bezirk. Am Donnerstag, den 15. Januar, abends 6 Uhr, wichtige Funktionärsitzung, Langgarten 97/99. Unterkassierer sämtliche Kartothekkarten mitbringen.

Die Liebe des Severin Imboden

Roman von Ernst Zahn

62

Solche selbstquälerische und Selbsterkennung bringende Nächte und Tage folgten einander viele. Um ihnen zu entrinnen, ging er in seine Betriebe hinaus. Während der an seinem Kummer um das einzige Kind beinahe zugrunde ging, war merkwürdig [illegible], den Geschäften im [illegible] richtig vorzustehen. Severin war darum häufig dort und hielt die Zügel in der Hand, bis der andere sich wieder zu finden begann. Er brach sich von Morgen zu Morgen, war jetzt in den Brüchen und jetzt in den Sägewerken. Dann mochte sich man ihn in seiner Schreibstube aufsuchen und mit Paul Schmid verhandeln, den er mit Aufträgen dahin und dorthin schickte. Dem Dorf baute er die Wasserleitung. Auf eigene Kosten. Die Gemeinde hatte noch immer mit dem Bau gezögert. Da war eines Nachts bei [illegible] im Keller einer [illegible] Feuer ausgebrochen und, obwohl es rasch erstickt wurde, den Dörflern die Gefahr, in welcher ihre Ortschaft bei einem größeren Brande schwebte, deutlich geworden. Am anderen Morgen ließ Severin die Ratsleute rufen und eröffnete ihnen, daß er sich entschlossen habe, das Werk der Wasserversorgung auf eigene Kosten zu unternehmen. Mit seiner ganzen Entschlossenheit machte er sich an die Planung der Anlage.

Während so seine geistigen Kräfte [illegible] in Anspruch genommen waren, behielt er nicht Zeit, auf die Qual seines Inneren zu achten. Gram und Verzweiflung [illegible] sich ab.

Eines Tages machte er die Entdeckung, daß die Sehnsucht [illegible] und er [illegible]. Er verzog den Mund. So [illegible] Erinnerungen! Er holte aus seinem Gedächtnis die Bilder Dominiks und [illegible] hervor und suchte sich ihre Züge und ihr Wesen zu vergegenwärtigen. [illegible] er ihnen nach. Aber sie verschwammen ihm, die Züge und Stimmen blieben nicht klar. [illegible] zu denken.

War er der Narr der Welt? [illegible]

In dieser Zeit brach er sich einmal nach einer der Sägen. Ein Kanal, der am Einfluß mit [illegible] verschlossen war, führte ihr Wasser zu. Hohe Schichten von Brettern und Stämmen kennzeichneten schon von weitem den Zweck des fensterlosen Holzbaues, aus dem das Zischen der Sägen und das Rauschen des treibenden Wassers den Nahenden grüßten. Ein Knecht, ein tüchtiger und verläßlicher Mann, besorgte mit zwei Gehilfen die Arbeit. Die drei wohnten im Dorfe, aber tagsüber trug ihnen die Tochter des Sägers Imbiß und Abendbrot zu.

Als Severin Imboden sich näherte, war eben Mittagszeit vorbei und die drei Männer saßen noch über ihren Eßgeschirren, die Annalene Gisler bei ihnen. Severin beachtete die Gruppe der Esser nicht, sondern ging bei der und jener Holzschicht still, zog ein Maß aus der Tasche und prüfte da und dort die Dicke eines Stammes.

Die Blicke der Knechte waren ihm zugewendet.

„Ein Gewaltsmann ist er doch," sagte Andreas Gisler, der Säger, von ihm.

Er selbst war ein Mann in den Vierzigern, hart, schwergliedrig, aber mit einem Hünenleib. Rotblond waren sein Haar und sein Vollbart.

„Einen Tritt hat er wie ein wütiger Widder," nahm einer der zwei jungen Knechte das Wort, und der andere bemerkte, daß es einem heiß überlaufe, wenn man den Augen des Imboden begegne. Man wisse nicht, ob sie wie die eines Teufels leuchteten oder einen anstrahlten wie die eines mannsfähigen Mädchens.

Die Annalene hob ihren großen Kessel auf und sah neugierig auf den, den die Männer so besprachen.

Severin kam heran.

Die drei Knechte standen auf.

Imboden winkte den ältesten zu sich und sprach mit ihm. Er ging auch mit ihm in die Hütte, ließ die Säge anlaufen, um sie arbeiten zu sehen, alles ohne Hast, denn er wußte Bescheid, ohne sich von seinen Knechten belehren lassen zu müssen. Er war nicht freundlich mit den Männern, sondern kurz angebunden, allein als der Zweck seines Besuches erfüllt war, legte er ein Geldstück auf einen der Baumstämme und sagte: „Trinkt einen Schoppen, die Sonne ist recht heiß."

Die Annalene hatte inzwischen ihr Eßgeschirr zusammengenommen, drückte sich noch ein wenig herum und schlenderte dann heimwärts.

Severin Imboden holte sie auf diesem Heimweg ein.

Er war ihr [illegible] an ihr vorbeizugehen, als sie den Kopf hob und ihn mit halb verlorenen, halb koketten Augen ansah. Er wußte nicht, ob sie aus Verlangen [illegible] so lange [illegible] oder weil sie gewohnt war, den Männern Augen zu machen. Aber gerade der Zweifel verwirrte ihn.

„Hast dem Vater zu Mittag gebracht?" fragte er.

Sie bejahte und es funkte in ihrem Blick erst recht. Sie hatte rötliches Haar, und das Gesicht war sommersprossig. Es fiel ihm auf, daß sie eine Aehnlichkeit mit der Rosi Kamenzind hatte, die er — einmal als Bub gekannt. Nur ihre Lippen waren noch röter, und sie hatte einen Mund wie ein unschuldiges Kindlein.

„Du gehst jeden Tag hierher?" fragte er.

„Zweimal im Tage," antwortete sie.

„Es ist weit," fügte sie hinzu nach einer kleinen Pause.

Da er nichts erwiderte, glaubte sie um so mehr reden zu müssen, während sie stets mit ihm Schritt hielt.

Das habe aber viel Holz an der Säge dieses Jahr. Und wie viel Schafe da überall weideten. Und Großvieh erst, viel mehr als zu des alten Herrn Zeiten, sage der Vater. Und wie viel Hämmer aus den Brüchen klängen. Was das nur zu denken gebe. Es sei gar nicht zu begreifen, daß ein einziger Mensch soviel im Kopfe haben könne.

Er wußte nicht, was er aus ihrer Zutraulichkeit machen sollte. Ihr Mund blühte, während sie sprach. Er achtete mehr auf ihn als die Worte, die er formte. Sein Atem ging rascher. Seine Augen begannen zu glimmen. Einmal kniff er sie in den runden Arm.

„Vielleicht begegnen wir uns wieder," flüsterte er. In der heimlichen Art lag mehr als in den Worten selbst.

Bald bot er ihr die Hand zum Abschied. Den Kopf hielt er hoch und tat den Herrn hervor. Aber die Hand drückte er fest und lang.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

In derselben Nacht saß Severin Imboden auf seinem Bett. Er hatte kein Licht gemacht, als er in die Kammer getreten war, aber er konnte das zweite Bett drüben an der Wand, wo die Dominike geschlafen hatte, auch im Dunkeln sehen. Er sah auch den blauschwarzen Himmel durch das offene Fenster und die vielen funkelnden Sterne daran. Sonst pflegten ihm um diese Zeit noch einmal alle Tagesgeschäfte durch den Kopf zu gehen, oft legte er sich in solcher Stunde schon den Gang des morgigen Tages zurecht. Jetzt hatte er ein Gefühl schwerer, süßer Müdigkeit.

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich!

gung der Wünsche, Empfindungen und unserer Ziele zur harmonischen Verbundenheit führen, damit für unsere Mitglieder und jeden Jugendlichen unsere Abende Erbauungsstunden sind. H. B.

Aus den Ortsgruppen.

Weihnachtsfeier der Arbeiter-Jugend Danzig.

Am ersten Feiertag feierte die Arbeiterjugend Danzig das Weihnachtsfest. Die Musikgruppe spielte zur Einleitung den Sozialistenmarsch. Hierauf folgte gemeinsamer Gesang des Arbeiterliedes „Stille Nacht, heilige Nacht". Dann folgte eine Rezitation „Wir hungern und wir kämpfen doch", vom Jugendgenossen A. Quilichau. Jugendgenosse E. Lehrke hielt dann die Festrede. Redner ging auf der Ursprung des Weihnachtsfestes ein. Die alten Germanen brachten zur Zeit der Sonnenwende ihrem Sonnengott große Opfer. Sie zündeten große Holzhaufen an und ließen den Rauch zum Himmel steigen. So wie diese Opferart sich zum heutigen Weihnachtsraum entwickelte, so hat sich auch der Grundgedanke dieses Festes geändert. Die Arbeiterjugend feiert Weihnachten wieder als Sonnenwende. Friede, Freude und Liebe soll der Menschheit werden durch den Sozialismus. Dann folgte gemeinsamer Gesang: „Wir schreiten in die Sternennacht". Die Musikgruppe zeigte ebenfalls ihr Können. Dann wurden Volkstänze vorgeführt; weiter folgte ein Gesangsvortrag der Jugendgenossin A. Lindenau und eine Rezitation „Sonnenwende", von der Jugendgenossin E. Görtich. Zum Schluß kam gemeinsamer Gesang: „Es ist ein Ros' entsprungen". Dann folgte die Kaffeetafel und schließlich auch der Weihnachtsmann, der einen großen Sack Geschenke brachte. Lustige Kurzweil unterhielt dann alle auf das beste. W. K.

*

Weihnachtsfeier in Langfuhr.

Die Ortsgruppe Langfuhr beging am Sonntag, den 28. Dezember, ihre Weihnachtsfeier. Jugendgen. Gedeck wies in kurzen Worten auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes für unsere Bewegung hin. Sodann wurde vom Jugendgenossen Otto Schmidt ein Gedicht vorgetragen, in welchem die Anschauung des Proletariats dem christlichen Weihnachtsfest gegenüber geschildert wurde. Der Jugendgenosse fand mit dem gut vorgetragenen Gedicht starken Beifall. Nach dem Absingen der Arbeiter-Weihnachtslieder begann man mit der Kaffeetafel. Der Kuchen muß allen vortrefflich gemundet haben, denn in kurzer Zeit war man mit der Tafel fertig. Inzwischen war auch der Weihnachtsmann angelangt und nun begann für die meisten wohl der schönste Teil des Abends. Die Jugendlichen fanden einen reichgedeckten Tisch und es schien beinahe, als ob einzelne besonders vom Glück begünstigt wurden. Nachdem der Weihnachtsmann mit seiner beneidenswerten Arbeit fertig geworden, gab es überall freudige Gesichter. Jugendgenosse Alfred Roggenbuck wartete dann mit einer mit Begeisterung vorgetragenen Rezitation auf. Ebenfalls guten Anklang fand das vom Jugendgenossen Roggenbuck selbst verfaßte Theaterstück. In demselben wurde die Weihnachtsfeier einer Kriegerwitwe mit ihren Kindern dargestellt. Der Jugendgenosse Roggenbuck hatte es gut verstanden, dem Stück einen Sinn zu geben, der dem Denken und Fühlen aller Mitglieder der sozialistischen Jugendbewegung voll entsprach. Nach der Aufführung hielt Genosse Schmidt eine kleine Ansprache. Er forderte die Jugendgenossen auf, weiter für unsere Bewegung zu arbeiten und das bisher geübte Solidaritätsgefühl auch im neuen Jahre zu bewahren. Gemeinsam mit den Aelteren für die Verwirklichung des Sozialismus kämpfend ist der Jugend der Sieg gewiß. Fröhliche Reigen und Kreisspiele hielten die Teilnehmer noch eine geraume Zeit zusammen. Als man sich trennte, konnten wohl alle behaupten, eine schöne Weihnachtsfeier verlebt zu haben. M. S.

*

Wintersonnenwende in Zoppot.

Am letzten Sonntage des alten Jahres feierte die Sozialistische Arbeiterjugend Zoppot in ihrem schön geschmückten Heim das Fest der Wintersonnenwende. Der Abend wurde bei brennendem Lichterbaum durch einige gemeinsam gesungene Lieder sowie durch Ansprachen zweier älterer Genossen eingeleitet, die auf die Bedeutung des Festes in der heidnischen und christlichen Zeit hinwiesen. Nach Gesangs- und Musikstücken folgte die Verlesung einer mit Interesse aufgenommenen Erzählung. Nach ihrer Beendigung erschien der Weihnachtsmann und verteilte seine Gaben, die in nützlichen Gebrauchsgegenständen, Leckereien und scherzhaften Angebinden, bestanden. Die Opferwilligkeit von Jugendgenossen und Parteigenossen hatte dafür gesorgt, daß jeder zu einem Geschenke kam. An die Geschenkverteilung schloß sich eine Kakaotafel an. Mit einigen Reigentänzen fand das Fest seinen Abschluß. Besondere Anerkennung gebührt den auswärtigen Jugendgenossen, die mit gut vorgetragenen Musikstücken geholfen hatten, den Abend so angenehm zu gestalten.

Am Sonntag, den 22. Februar, vormittags 9½ Uhr, findet im Heim der Arbeiterjugend Danzig, Schule Schwarzes Meer, unsere

Jahres-Jugendkonferenz

statt. Als Tagesordnung gelten folgende Punkte:

1. Geschäfts- und Kassenbericht. Jgdgen. H. Leschner.
2. Kulturaufgaben der Jugend. (Vortrag mit Aussprache.
3. Wahlen.
4. Anträge.

Die Ortsgruppen entsenden zu der Konferenz aus dem Vorstand 3 Genossen und auf je 10 Mitglieder einen Delegierten. Anträge müssen mindestens 14 Tage vorher dem Bundesvorstand eingereicht werden. Der Bundesvorstand.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend.

Ortsgruppe Ohra.

Montag, den 5.: Gesellschaftsspiele.
Donnerstag, den 8.: Volkstanzabend.
Sonntag, den 11.: Jahresversammlung.
Montag, den 12.: Brettspielabend.
Donnerstag, den 15.: Gesangsabend.
Montag, den 19.: Reigenabend.
Donnerstag, den 22.: Bunter Abend.
Montag, den 26.: Gesellschaftsspiele.
Donnerstag, den 29.: Volkstanzabend.
Freitag, den 9.: Vorstandssitzung.
Sonnabend, den 17., in Schidlitz: Bannerweihe.

Ortsgruppe Schidlitz.

Sonnabend, den 3.: Uebungsabend.
Dienstag, den 6.: Leseabend.
Sonnabend, den 10.: Uebungsabend.
Dienstag, den 13.: Generalversammlung.
Sonnabend, den 17.: Bannerweihe.
Dienstag, den 20.: Liederabend.
Sonnabend, den 24.: Vortrag.
Sonntag, den 25.: Schlittenfahrt.
Dienstag, den 27.: Brettspielabend.
Sonnabend, den 31.: Heimabend.

Ortsgruppe Henbude.

(Heim: „Bezirksschule".)

Freitag, den 2.: Volkstanzabend.
Sonntag, den 4.: Schnitzeltagd.
Freitag, den 9.: Generalversammlung.
Sonntag, den 11.: Heimabend.
Dienstag, den 13.: Mädchenarbeitsabend.
Freitag, den 16.: Plattdeutscher Abend.
Sonnabend, den 17.: Beteiligung an der Bannerweihe, Schidlitz.
Dienstag, den 20.: Musikabend.
Freitag, den 23.: Liederabend.
Sonntag, den 25.: Besichtigung des Stadtmuseums,
Dienstag, den 27.: Mädchenarbeitsabend.
Freitag, den 30.: Vortragsabend.

Ortsgruppe Zoppot.

Donnerstag, den 1., 4 Uhr: Heimabend.
Sonntag, den 4., 2 Uhr: Entweder Schlittenfahrt oder von 4 Uhr Brettspiel- und Reigenabend.
Donnerstag, den 8., 7 Uhr: Brettspielabend.
Sonntag, den 11., 4 Uhr: Erzählungs- und Gesangsabend.
Donnerstag, den 15., 7 Uhr: Mitgliederversammlung.
Sonntag, den 18., 4 Uhr: Bunter Abend.
Donnerstag, den 22., 7 Uhr: Vortragsabend.
Sonntag, den 25.: Karikaturenabend.
Donnerstag, den 29., 7 Uhr: Leseabend.

Besucht alle Veranstaltungen!
Werbt überall neue Mitglieder!

Jungvolk

Beilage für die sozialistische Jugend

Nr. 1 — Danzig, den 12. Januar — 1925

Die Jungen und die Alten.

Von Georg Herwegh.

„Du bist jung. Du sollst nicht sprechen!
Du bist jung, wir sind die Alten!
Laß die Wogen sich erst brechen
Laß die Gluten erst erkalten!

Du bist jung, dein Tun ist eitel!
Du bist jung und unerfahren!
Du bist jung, kränz' deinen Scheitel
Erst mit unsern weißen Haaren!

Lern', mein Lieber, erst entsagen,
Laß die Flammen erst verrauchen,
Laß dich erst in Ketten schlagen,
Dann vielleicht kann man dich brauchen!"

Kluge Herren! Die Gefangenen,
Möchten ihresgleichen schauen;
Doch, ihr Hüter des Vergangenen,
Wer soll denn die Zukunft bauen?

Sprecht, was sind euch denn verblieben,
Außer uns, für wack're Stützen?
Wer soll eure Töchter lieben?
Wer soll eure Häuser schützen?

Schmähet, schmäht mir nicht die Jugend,
Wie sie auch sich laut verkündigt!
O wie oft hat eure Tugend
An der Menschheit still gesündigt!

Um das Arbeitsdienstpflicht-Gesetz.

Das Schicksal des Gesetzentwurfes über die Arbeitsdienstpflicht kann bereits als entschieden gelten. Zwar wird in der bürgerlichen Tagespresse noch hin und wieder versucht, für den Gedanken der Jugend-Militarisierung Stimmung zu machen. Doch, nachdem im Volkstag sich die Parteien fast geschlossen gegen den Entwurf ausgesprochen haben, dürfte sich kaum eine Mehrheit dafür finden. Aber selbst wenn, wie es schon so oft der Fall war, die bürgerlichen Mittelparteien wieder umfallen sollten, ist mit der Annahme des Gesetzes kaum zu rechnen, da sowohl die Parteien der Linken wie auch die Gewerkschaften die schärfste Opposition gegen die Vorlage angekündigt haben. Vorerst unterliegt der Entwurf der Beratung im Ausschuß und es ist noch nicht abzusehen, wann und in welcher Form er aus den Verhandlungen herauskommen wird. Wenn die bürgerlichen Mittelparteien ihre ablehnende Haltung beibehalten, dann kann das Ergebnis der Ausschußberatungen nur der Antrag an die Vollsitzung des Volkstages sein: den Entwurf abzulehnen. Damit ist das Ende dieses Zwangserziehungsplanes der Jugend besiegelt.

Was inzwischen noch von vereinzelten bürgerlichen Jugendgruppen unternommen worden ist und noch unternommen werden sollte, um den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht der Jugend im Freistaat Danzig zu propagieren, wird keine allzu große Bedeutung erlangen, zumal die Mehrheit in der bürgerlichen Jugendbewegung sicherlich Gegner der Arbeitsdienstpflicht ist. Trotzdem muß die arbeitende Jugend auf dem Plan sein. Sie muß auch weiterhin allen Bestrebungen entgegentreten, die darauf abzielen, den militaristischen und nationalistischen Geist in der Jugend zu verbreiten.

*

Im Anschluß an unsere in der letzten Ausgabe des „Jungvolk" ausführlich begründeten „Stellung der Arbeiterjugend zur Arbeitsdienstpflicht" ist in einigen bürgerlichen Tageszeitungen ein Aufruf einiger bürgerlicher Jugendvereine als Entgegnung erschienen. Es hat ja kaum Wert, auf diese Veröffentlichung einzugehen. Einmal aus den oben angeführten Gründen und weiter auch deswegen, weil dieser Aufruf gar nicht ernst genommen werden kann. Er stammt nämlich bereits aus dem Jahre 1920 (!!) und nimmt nur auf das in Deutschland damals diskutierte Arbeitsdienstjahr Stellung. Der Aufruf ist also vollkommen veraltet und trifft auf die hier beabsichtigte Arbeitsdienstpflicht gar nicht zu. Trotzdem sei kurz darauf eingegangen. In dem Aufruf sind hauptsächlich die „ideellen Vorteile" geschildert, die in dem Arbeitsdienstjahr liegen sollen. Es ist die Rede von der körperlichen und sittlichen Gesundung der Jugend, die durch einen einjährigen Arbeitsdienst gefördert würde. Man spricht dabei viel von der Verantwortlichkeit der Jugend gegenüber der Allgemeinheit und dem Staat und glaubt durch eine gemeinsame Arbeitserziehung der Jugend die Klassengegensätze mildern zu können.

„Man kann," so schreibt Jugendgenosse Max Westphal (der 1. Vorsitzende des deutschen Arbeiterjugendverbandes) in seiner Stellungnahme zum Arbeitsdienstpflichtgesetz „der Meinung sein, daß dies wertvolle Dinge sind. All das oben Genannte soll erstehen, indem die jungen Menschen ein Jahr lang gemeinsam arbeiten und gemeinsam wohnen. Es handelt sich also um ein einfaches Rezept. Es ist darin schon auf den ersten Blick eine sehr große Ueberschätzung des Arbeitsdienstjahres zu erkennen. Wenn man die vorhin aufgezählten Ziele erst erreichen will, so gibt man damit zu, daß es in der Gegenwart damit schlecht bestellt ist, deswegen eben will man Besserung. Ein Jahr soll es nun schaffen, oder doch die Anfänge fest begründen. Ein einziges Jahr, wo doch all die jungen Leute eine vieljährige Schule durchgemacht haben, die ihnen, wie der jetzige Zustand zeigt, das nicht gab, was jetzt die Arbeitsdienstpflicht bewirken soll. Können die Gegensätze in unserem Volk überhaupt durch ein Jahr gemeinsamer Arbeit überwunden werden? Wenn ja, dann wäre die soziale Frage sehr einfach zu lösen. Aber sie sind tiefer begründet, sind durch das kapitalistische Wirtschaftssystem verursacht und können und werden nur mit dessen Ueberwindung verschwinden."

Diese Feststellungen sind treffend und wiederlegen den „idealen Kern" des Aufrufes, auf den weiter einzugehen, überflüssig ist, weil er eben für unseren Freistaat nicht zutrifft. Das besagen auch noch die Unterschriften unter dieser Veröffentlichung. Denn es sind dort in der Mehrzahl Jugendgruppen verzeichnet, die in Danzig gar nicht existieren und die anderen wiederum nehmen jetzt eine ganz andere Haltung zur Arbeitsdienstpflicht ein, als vor fünf Jahren bei Herausgabe dieses Aufrufes. Vollständig fällt der Aufruf jedoch zusammen durch die in den Tageszeitungen gemachten Feststellungen, daß die bürgerlichen Jugendgruppen in Danzig mit der Veröffentlichung nichts zu tun haben. Der Aufruf ist also anscheinend von interessierter Seite über die Köpfe der bürgerlichen Jugendgruppen in die bürgerlichen Zeitungen gebracht. Darum lohnt es nicht, noch mehr dazu zu sagen.

*

Kommunistischer Schwindel.

Die Kommunisten haben kürzlich unter dem Titel „Sachverständigenabkommen — Arbeitsdienstpflicht — Deutschland, das große Arbeitszuchthaus für die arbeitende Jugend" eine Broschüre verbreitet, in der neben anderen Ausfällen gegen die Arbeiterjugend-Bewegung behauptet wird, der Ausschuß der deutschen Jugendverbände habe einen Aufruf veröffentlicht, unterschrieben vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, dem Genossen Ollenhauer, in dem gesagt wird, daß der Ausschuß der deutschen Jugendverbände dafür eintritt, daß jeder junge Deutsche im Alter von 18 bis 25 Jahren eine einjährige Arbeitsdienstpflicht durchmachen soll. Es wird sogar ein Auszug aus diesem angeblichen Aufruf veröffentlicht. Nachdem die Staatsanwaltschaft diese Broschüre, die auch von Anwürfen gegen die Reichsregierung strotzte,

beschlagnahmt hat, sind die Behauptungen in der „Jungen Garde" wiederholt worden.

Als nun diese neue Verleumdung bekannt wurde, hat der Hauptvorstand der deutschen Arbeiter-Jugendvereine eine Notiz veröffentlicht, in der er feststellt, daß der Ausschuß der deutschen Jugendverbände niemals einen Aufruf in der Frage der Arbeitsdienstpflicht veröffentlicht hat, daß er im Gegenteil nach eingehender Besprechung des Problems festgestellt hat, daß gegenwärtig die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht unmöglich ist.

Die „Junge Garde" hat nun auf diese Festnagelung ihres Schwindels mit der erneuten Veröffentlichung eines Auszuges aus dem vermeintlichen Aufruf geantwortet und dazu bemerkt, daß sie diesen Auszug der Zeitschrift der Christlichen Pfadfinderschaft Deutschlands, „Auf neuem Pfad", Nr. 8/1924, entnommen habe. Wir haben uns diese Zeitschrift beschafft und festgestellt, daß dort tatsächlich ein Aufruf für die Arbeitsdienstpflicht mit der Bemerkung veröffentlicht worden ist, daß er vom Ausschuß der deutschen Jugendverbände herausgegeben worden sei. Es handelt sich aber in Wirklichkeit um einen Aufruf einiger Hamburger Jugendverbände, die damit Anfang dieses Jahres eine Aktion für die Arbeitsdienstpflicht einleiten wollten. Die Sache blieb aber in den Anfängen stecken, als der Ausschuß der deutschen Jugendverbände den oben erwähnten Beschluß faßte. In der offiziellen Zeitschrift des Ausschusses, dem „Ratgeber für Jugendvereinigungen", Heft 11/1924, stellt die Geschäftsführung des Ausschusses diesen Sachverhalt ausdrücklich fest und bemerkt dazu, „daß vom Ausschuß der deutschen Jugendverbände weder ein solcher Aufruf beschlossen noch veröffentlicht worden ist."

Selbstverständlich sind auch die Kommunisten soweit über die Vorgänge in der deutschen Jugendbewegung informiert, um zu wissen, daß hier ein Irrtum der Schriftleitung des christlichen Blattes vorlag. Sie glaubten aber, hier wieder einmal im Trüben fischen zu können. Daß es ihnen nur darauf ankam, die Führung der Sozialistischen Arbeiterjugend in Mißkredit zu bringen, geht daraus hervor, daß sie die Unterschrift des Genossen Ollenhauer hinzugedichtet haben, denn der Aufruf, den die Kommunisten abdrucken, trägt überhaupt keine Unterschrift.

So ist wieder einmal eine Verleumdung zusammengebrochen, wieder einmal bewiesen, daß die Kommunisten selbst nicht davor zurückscheuen, unsere Bewegung und ihre führenden Genossen wider besseres Wissen zu beschuldigen und zu verleumden. Eine solche Handlungsweise richtet sich von selbst.

*

Auch die von der kommunistischen „Arbeiterzeitung" aufgestellte Behauptung, daß sozialdemokratische Vertreter dem Arbeitsdienstpflicht-Entwurf des Senats zugestimmt hätten, ist ein gleicher Schwindel. Soweit dabei an eine Sitzung gedacht sein sollte, in der die Vertreter der Jugendverbände vom Senat über den Plan unterrichtet wurden, ist die kommunistische Behauptung ebenfalls unzutreffend, da auch in dieser Sitzung die Vertreter der Arbeiterjugend den Entwurf **entschieden abgelehnt** haben.

Die politische Erziehung der Arbeiterjugend.

Ueber das Verhältnis der Jugend zur Politik ist schon oft geschrieben und gesprochen worden. Im Rahmen der Politik spielt sich der große Befreiungskampf des Proletariats ab. Nichts ist deshalb natürlicher, als daß die Ereignisse der Tagespolitik sehr stark auf das Alltagsleben abfärben, insbesondere in den intelligenten Kreisen der Arbeiterschaft. Die gesamte Oeffentlichkeit ist politisiert, auch die Jugend wird durchaus vom politischen Leben erfaßt, ob wir das nun als nützlich empfinden oder nicht. Der Jugendliche liest Tageszeitungen, besucht Versammlungen, hört die politischen Diskussionen seiner Arbeitskollegen und so weiter. An der Tatsache der Politisierung der Jugend läßt sich also nichts ändern, sie wird vom Strudel der politischen und sozialen Kämpfe mitgerissen. Zumeist sind es aber Schlagwörter, die der junge Arbeiter hört. Er versteht sie zum allergrößten Teil nicht und erzählt sie ebenso unverdaut weiter, wie er sie aufgenommen hat. Ungeheurer Schaden wird dadurch in den Köpfen dieser Jugend angerichtet. Unzählige Beispiele aus der Praxis zeigen uns mit Deutlichkeit, wohin das führen kann. Uns als Arbeiterjugend entsteht daraus die dringende Aufgabe, nach besten Kräften die Verwirrung zu beseitigen, die bei einem großen Teil der Jugendlichen angerichtet wurde. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß hinter Schlagwörtern eine tiefe Idee stecken kann, die wir ihnen nahezubringen haben, damit sie sie verstehen lernen.

Als oberstes Ziel dieser Erziehung müssen wir uns stecken, die Jugend zum richtigen Denken zu erziehen. Da allen Erscheinungen die stete Aufeinanderfolge von Ursache und Wirkung gemeinsam ist, heißt richtig denken nichts anderes als ursächlich denken, bei allen Vorgängen mit an die Ursache denken. Das ursächliche Denken ist von ungeheurer Bedeutung für die menschliche Gesellschaft geworden. Den wirtschaftlichen und geistigen Aufschwung, den die Menschlichkeit in den Jahrtausenden ihrer Entwicklung genommen hat, verdankt sie nur diesem Umstande. Die Herrschaft über die Naturgewalten konnte sie nur durch stete Anwendung des ursächlichen Denkens erlangen. Es bestehen aber noch eine Menge gesellschaftlicher Uebel, die große Teile der Menschheit bedrohen (Ausbeutung, Arbeitslosigkeit usw.). Würden die Menschen noch in weit höherem Maße das ursächliche Denken auf die Verhältnisse ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens anwenden, so würden sie bald dahinter kommen, daß die Einrichtung des Privateigentums schuld an ihrem Leiden ist.

Wer das erkannt hat, wird ohne weiteres mit aller Kraft für eine Gesellschaftsordnung eintreten, in der alle diese Mißstände ausgemerzt sind, und das ist der Sozialismus. Auf diesem Wege also können wir die Jugendlichen zu überzeugten Sozialisten erziehen, die wissen, wofür sie kämpfen und die mit glühender Begeisterung für die Verwirklichung ihrer Idee eintreten. In der Volksschule wird den Kindern ein wenig beigebracht, bei den Naturvorgängen ursächlich zu denken: sie lernen es nicht, dieses Denken auch auf die gesellschaftlichen Vorgänge anzuwenden. Die bestehenden Schulen können das auch gar nicht. Sie sind Einrichtungen des Kapitalismus, deren Zweck es ist, die bestehende Gesellschaftsordnung zu befestigen. Durch Erziehung zum ursächlichen Denken würden sie eher ihrem System selbst das Grab schaufeln. Es ist undenkbar, daß eine kapitalistische Schule ihre Kinder zu Sozialisten erzieht. Das, was die Schule nicht kann, kann aber die sozialistische Jugendorganisation und ihr entsteht die Pflicht, alles das nachzuholen. In ihr muß der Arbeiterjugend gelehrt werden, alle Dinge in ihrer gesellschaftlichen Ursächlichkeit zu erkennen.

Der Urlaub für Jugendliche und Lehrlinge.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß über die Notwendigkeit des Urlaubs für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter heute noch gestritten wird. Wir alle wissen, daß durch den Krieg, die jahrelange schlechte Ernährung der Nachwuchs mehr denn je einer guten Pflege bedarf. Es ist auch genügend bekannt, wie gerade unter der heranwachsenden Jugend die Tuberkulose ihre Opfer sucht und findet. Dringend notwendig ist es, daß schon frühzeitig Mittel und Wege gefunden werden, die das Elend von der Jugend abwenden. Vor allem gilt es, gegen die Ausbeutung der Jugend, gegen überlange Arbeitszeit Front zu machen.

Leider liegt es nicht allein in unserer Macht, der Jugend das zu geben, was sie dringend benötigt. Wir sind auf die Hilfe und das Entgegenkommen der Arbeitgeber angewiesen. Nun herrschen in diesen Kreisen über die Urlaubsfrage der Lehrlinge noch die rückständigsten Ansichten. Auch die Not der Jugend kann die Leute nicht eines Besseren belehren.

Schon höre ich die Spießer sagen, Urlaub für die verrottete, zigarettenrauchende, Kino besuchende Großstadtjugend? Seid ihr nicht selbst schuld an dieser Jugend? Wart ihr es nicht, die immer behaupteten — Urlaub — braucht die Jugend nicht, sie soll erst einmal etwas leisten. Die Leistung kann aber erst dann beginnen, wenn der junge Körper auch dazu in der Lage ist. Gerade der junge, im Wachsen begriffene Mensch braucht, genau wie die Pflanze, Licht, Luft, Sonne. Ohne diese verkümmert er. In den großen Fabriksälen, staubigen Kontoren, dumpfigen Werkstätten sind die Voraussetzungen für das Gedeihen einer starken, jungen Generation nicht gegeben. Draußen in der Natur sind aber diese Voraussetzungen in vollstem Maße vorhanden. Deswegen unser Ruf: Her mit einem ausreichenden Erholungsurlaub für die Lehrlinge und Jugendlichen!

Wie steht es nun mit dem Urlaub der Jugendlichen in der Praxis aus? Der Kampf, der von den Gewerkschaften in Deutschland in dieser Hinsicht geführt wird, ist noch nicht abgeschlossen. Noch ungeheure Widerstände, besonders bei den Handwerksmeistern, sind zu überwinden. Ich greife einige Berufe heraus, um zu zeigen, daß sich der Gedanke des Lehrlingsurlaubs doch schon einigermaßen durchgesetzt hat, aber das Erreichte ist keineswegs befriedigend.

Im deutschen **Malergewerbe**, in dem die Handwerksmeister tonangebend sind, war es bis jetzt nicht möglich, auch nur einen Tag Urlaub für die Lehrlinge zu vereinbaren. Was brauchen auch die Lehrlinge Urlaub, wo sie doch bei den Kleinmeistern den Himmel auf Erden haben.

Bei den **Sattlern und Portefeuillern** ist der Urlaub im Reichstarif festgelegt. Der Tarif sieht einen Urlaub von 6 Tagen in jedem Lehrjahr vor. Die getroffene Vereinbarung wird im großen und ganzen innegehalten.

Das **graphische Gewerbe**, das in bezug auf die Regelung des Lehrlingswesens nicht schlecht dasteht, hat die Urlaubsfrage für Lehrlinge tariflich geregelt. Die Buchdrucker haben einen Urlaub im ersten Lehrjahr von 6 Tagen, im zweiten Lehrjahr von 8 Tagen, im dritten Lehrjahr von 7 Tagen, im vierten Lehrjahr von 8 Tagen vorgesehen. Bei den Buchbindern ist dieselbe Regelung getroffen. Allerdings gilt sie hier nur für Druckereibetriebe, die eine eigene Buchbinderei angegliedert haben. Die kleinen Handwerksmeister im Buchbindereigewerbe gewähren keinen Urlaub.

Die **Schuhmacher** sehen in ihrem Reichstarif für Großbetriebe, besonders für Lehrlinge in der Stepperei und Zuschneiderei, einen Urlaub von 7 Tagen in jedem Lehrjahr vor. Auch die Regelung des Lehrlingswesens im allgemeinen enthält der Tarifvertrag. Die Kleinmeister, die auch hier das rückständige Element darstellen, gewähren ihren Lehrlingen ebenfalls keinen Urlaub.

Im **Bekleidungsgewerbe** läßt die Urlaubsregelung ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Wohl ist in manchen Lehrverträgen ein Urlaub von 14 Tagen vorgesehen, aber in der Praxis merkt man kaum etwas davon. Nur in der Putz- und Wäschebranche erhalten die Lehrmädchen Urlaub. Der Widerstand der Kleinmeister macht sich auch hier stark bemerkbar.

Im Bezirk Frankfurt am Main sind die ungelernten jugendlichen Arbeiter im **Handels- und Transportgewerbe** den älteren in bezug auf Urlaub gleichgestellt. Sie erhalten nach einer Beschäftigungsdauer von ½ Jahr einen Urlaub von 3 Arbeitstagen, bei 1 Jahr einen Urlaub von 6 Arbeitstagen bis zur Höchstdauer von 12 Arbeitstagen.

Die **chemische Industrie** sieht für Jugendliche einen Urlaub, und zwar nach einjähriger Beschäftigungsdauer von 3 Tagen, nach zweijähriger Beschäftigungsdauer einen solchen von 4 Tagen vor. Diese 4 Tage Urlaub gelten bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres.

Bei den **kaufmännischen Angestellten** ist die Urlaubsfrage im allgemeinen günstiger geregelt. Fast alle Tarifverträge sehen einen Urlaub von 6 bis 14 Tagen in jedem Lehrjahr vor.

Das Bild, das ich hier kurz von Deutschland gezeichnet habe, ist nicht vollständig. Man könnte zu der falschen Annahme gelangen, daß ja alles in bester Ordnung sei. Dem ist aber nicht so. In Danzig sieht es noch viel schlimmer aus. Wie schwer es ist, besonders bei den Kleinmeistern, Verständnis für die Urlaubsfrage der Lehrlinge zu erwecken, davon können die Metallarbeiter und auch die Holzarbeiter ein Lied singen. Die Handwerksmeister wollen allein bestimmen. Sie wollen vor allen Dingen sich nicht von Gewerkschaften, als den berufenen Vertretern der Lehrlinge und Jugendlichen, in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Lehrlinge hineinreden lassen. Aber nicht allein die Kleinmeister sind in diesen Fragen rückständig. Es gibt auch in der Großindustrie Scharfmacher, die an eine günstige Regelung des Lehrlingsurlaubs aus Profitrücksichten nicht denken.

Ich habe schon eingangs kurz auf den Gesundheitszustand der erwerbstätigen Jugend hingewiesen. Alle sozialen Einrichtungen, wie Jugendherbergen, Spielplätze usw., nützen nichts, wenn nicht die Voraussetzungen für die Benutzung derselben gegeben sind. Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden, und deswegen ist ein ausreichender Urlaub unbedingt notwendig. Wir müssen dem jungen Menschen die Möglichkeit geben, den Kräfteverbrauch wieder zu ergänzen, das geschieht nicht durch 2 oder 3 Tage Erholungsurlaub, sondern dazu ist ein längerer Urlaub nötig.

Wenn die Wirtschaft Deutschlands auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein will, so braucht sie einen gesunden, berufstüchtigen Nachwuchs. Diesen Nachwuchs zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Darum her mit einem ausreichenden Erholungsurlaub für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter!

H. W.

Unsere Abende.

Unbestreitbar ist die wichtigste Aufgabe der Leitung einer Jugendgruppe die Ausgestaltung der Gruppenabende. Schon oft ist der Wunsch laut geworden, in die Gruppenveranstaltungen eine Einheitlichkeit zu bringen. So wünschenswert dieses ist, so wird es doch an dem Praktischen scheitern. Man muß auf die geistige und moralische, ja auch körperliche Beschaffenheit der Jugendlichen Rücksicht nehmen. Dieses führt dann zu Unstimmigkeiten in den Gruppen, weil die Mitglieder nicht entsprechend ihrer Veranlagung und Talente berücksichtigt wurden.

Allerdings ist es schwer, immer das „ganz Richtige" zu treffen, es kann aber unter Zuhilfenahme aller verfügbaren Kräfte, Ratgeber und Praktiker „sehr oft" getroffen werden. Das heißt also: einmal Umschau halten nach den „Tüchtigen" in unseren Gruppen und gemeinsam mit ihnen und durch sie bei stärkster Beteiligung der nicht so „ganz Tüchtigen" unsere Abende so auszugestalten, daß nicht nur der „Freund der Lyrik" oder der „Bücherwurm" noch der „ewige Tänzer" wie der „dauernde Sänger" durch unterhaltende Abende einerseits, und der „Problemroller" oder „Debatteur" noch der „immer Nörgelnde" und der aus Prinzip „Krach Machende" durch sogenannte ernste Veranstaltungen auf seine Kosten kommt, sondern durch eine möglichst weite Verbindung der wichtigsten Bildungs- und Unterhaltungsstoffe den meisten Rechnung getragen wird, wodurch nicht nur eine Unzufriedenheit ausgeschaltet, sondern Interesse und Verbundenheit erzielt werden kann.

Unsere jetzigen Abende leiden seit langer Zeit, seit Jahren schon, unter der zu starken Spezialisierung und der Einseitigkeit, wodurch es fast selten gelingt, alle Mitglieder an einem Abend zusammenzufassen, sie aber auch mit der Dauer phlegmatisch und interesselos werden. Wir hätten demnach die Pflicht, wollen wir sämtliche Mitglieder zum Gruppen- oder Vereinsabend bekommen, nach anderen Formen zu suchen.

Hier einen Weg: In unseren Reihen finden wir Musiker, Rezitatoren, Tänzer und Tänzerinnen, Spieler, Literaten, Dramatiker und so fort. Diese würden dann erfaßt und entsprechend ihrer Künste verpflichtet, ein — einen Abend ausfüllendes — Programm aufzustellen. Die Außenstehenden, wie Lehrer, Sekretäre, Schriftsteller, würden gleichfalls verpflichtet, um so dann gemeinsam die schwierige Aufgabe zu lösen. Dieses würde ein Abstreifen der kalten, geschäftsmäßigen Vortrags- oder Versammlungsabende bedeuten, desgleichen eine Trennung in „lustige" und „ernste" verhüten, um gleichfalls ein Vertrautmachen mit den ausgezeichneten Schichten zu erzielen, aber auch einen Ausgleich zwischen Körper und Geist zu schaffen. Die gute Ausgestaltung der Abende läge demnach nur in der richtigen Erfassung unserer Kräfte, die bestimmt vorhanden sind und nur zur Verfügung stehen.

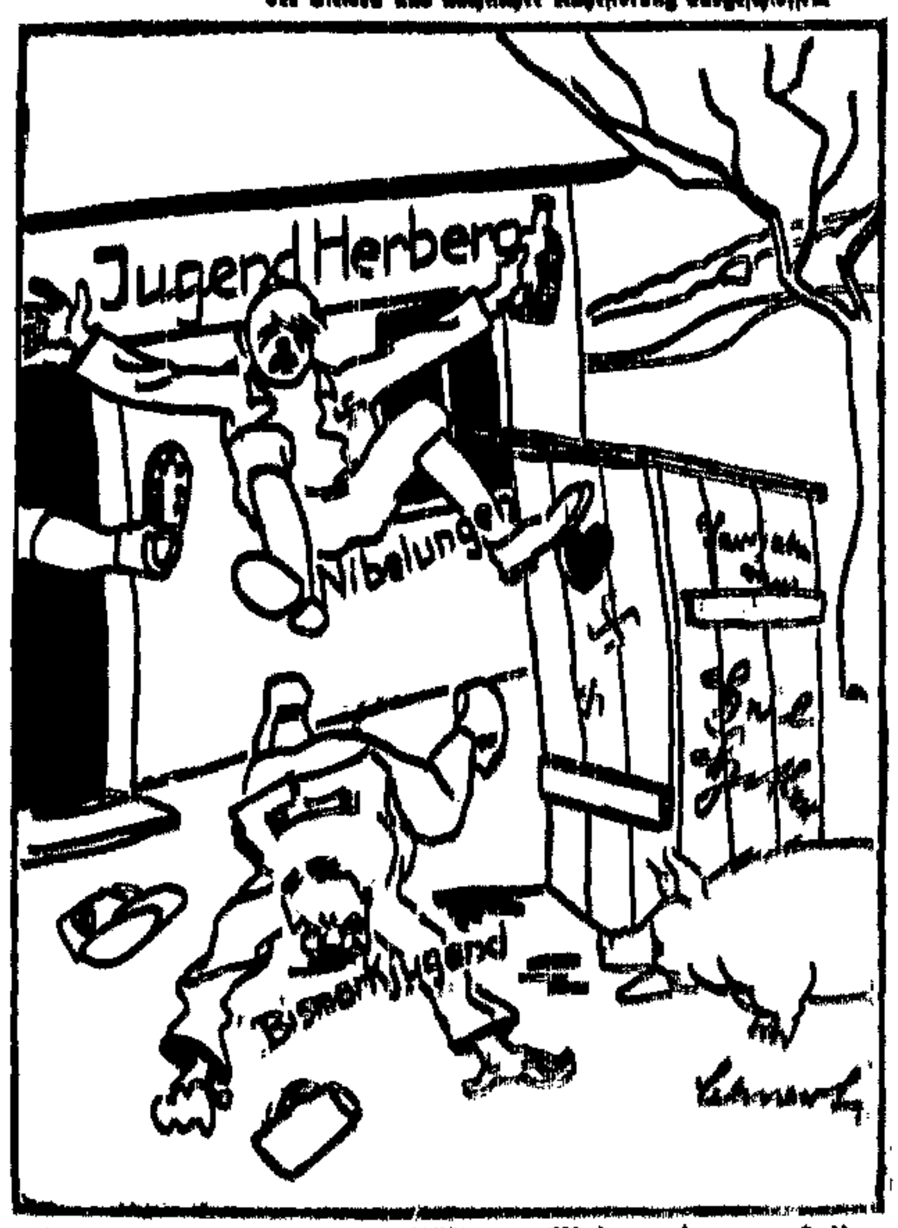
Etwas anderes ist die Frage der Möglichkeit. Und möglich ist vieles, auch dieses, aber nur erstens unter der Voraussetzung, so wenig wie eben möglich in der Leitung zu wechseln, zweitens unter Fleißarbeit und Fleißsicherheit, drittens unter etwas Energie des „Verantwortlichen" und Registrierung der Mitwirkenden. Frische Jugendlichkeit und Verantwortung sollen gepaart sein und zwischen dem rein Sachlichen und Gefühlsmäßigen muß sich eine Brücke schlagen.

Die Gleichartigkeit und Einseitigkeit, die unsere Abende so fast erscheinen ließen (dasselbe trifft für die Partei zu) ohne innere Wärme und Gestaltungskraft durch Mangel an Farbenschmuck und zu starke gegenseitige Isolierung, müssen wir durch Vielseitigkeit unter stärkster Berücksicht-

---

Der Nibelungen Not.

[illegible]



Der Wirt sprach zu den Gästen: „Mein und euer Geld
Sind einander ungleich: die große Not im Streit,
Der Schaden und die Schande, die ich von euch gewann,
Dafür soll euer keiner mir lebend kommen hindann."
(Aus dem Nibelungenlied)

Danziger Nachrichten

Welt-Esperantokongreß in Danzig.

In hiesigen leitenden Esperantistenkreisen ist man dahin schlüssig geworden, Danzig als Stätte für den Welt-Esperantokongreß im Jahre 1927 endgültig vorzuschlagen. Daß dieser Vorsatz nur verwirklicht werden kann, wenn die hiesige Gemeinschaft der Esperantisten von den Behörden und der Bevölkerung weitestgehende Unterstützung zugesichert erhält, liegt bei der Größe der gestellten Aufgabe klar zutage. Um sich nun Gewißheit zu verschaffen, inwieweit hier in Danzig in maßgebenden Kreisen Stimmung für die Abhaltung eines solch großen Kongresses vorhanden ist, hatte die Esperanto-Gesellschaft Danzig am Freitagnachmittag eine Zusammenkunft mit Persönlichkeiten aus Wirtschafts- und Behördenkreisen nach dem großen Sitzungssaal der Handelskammer berufen, in der der 1. Vorsitzende der Danziger Gesellschaft, Herr Aeltermann, über die Möglichkeit eines Kongresses in Danzig referierte.

Die größte Sorge biete selbstverständlich die Frage des Kongreßraumes; denn es ist natürlich im Freistaat vorläufig noch eine Unmöglichkeit, 4—5000 Zuhörer in einem Saal zu vereinen. Diese Bedenken jedoch konnte Messedirektor Franke in der Aussprache mit dem Hinweis auf die bereits beim Senat vorliegenden Baupläne der neuen Messehäuser zerstreuen, die, wenn nicht irgendwie unvorhergesehene Widerstände eintreten, bis 1927 wohl verwirklicht sein würden. Bürgermeister Koch begrüßte für die Stadtverwaltung Zoppot gleichfalls den Plan des Kongresses und äußerte deren Bereitwilligkeit, an der gesellschaftlichen Ausgestaltung des Kongresses mitzuhelfen.

Aus den Aeußerungen der Behördenvertreter konnte der Leiter der Zusammenkunft den berechtigten Schluß ziehen, daß ein Weltkongreß der Esperantisten im Jahre 1927 in Danzig willkommen sein und sich jeglicher Unterstützung erfreuen dürfte. In diesem Sinne schloß er die Versammlung, und es bleibt nur zu hoffen, daß die Bemühungen der Danziger Esperantisten von Erfolg gekrönt sein mögen.

Eine Aussprache über die Fragen des Arbeitsrechtes

steht im sozialen Ausschuß zu erwarten. Bei der Aussprache über den Antrag der Deutsch-Danziger Volkspartei auf Vorlage eines Arbeitertarifgesetzes wurde vom Senat erklärt, daß er sich mit der Bearbeitung des Arbeitskammergesetzes beschäftige. Von sozialdemokratischer Seite wurde verlangt, daß allem voran das Gesetz über Betriebsräte bald geschaffen werden muß. Die Verfassung sieht die Schaffung eines Gesetzes über Betriebsausschüsse vor, doch glaubten die sozialdemokratischen Vertreter, daß Danzig in der Frage des Arbeitsrechtes nicht von den deutschen Gesetzen abweichen werde. Der deutschnationale Abgeordnete Manen mußte auch zugeben, daß in der Freien Stadt auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes nicht viel geschehen sei. Wenn der Senat nicht baldigst die notwendigen Gesetze einbringe, dann müsse der Senat erwarten, daß diese Gesetze aus den Reihen der Fraktionen eingebracht werde. Es wurde von sozialdemokratischer Seite ebenfalls kritisiert, daß der Senat die Beschlüsse des Volkstages mißachtet. Vor vier Monaten ist vom Volkstag die Abberufung der Demobilmachungskommissare gefordert worden, und heute seine diese Personen noch auf ihrem Posten zum Schaden der Danziger Wirtschaft. Der Senat betraue sogar einen dieser Herren, welcher vom Volkstag ohne ihrer wirtschaftlichen Unkenntnis ein Mißtrauensvotum erhielten, mit der Ausarbeitung von Arbeitsrecht-Gesetzen. Schließlich schlossen sich die Fraktionen der Ansicht des Abg. Gebauer an, die Aussprache über diese Frage zu vertagen bis zur nächsten Sitzung und zu dieser den zuständigen Senator Runge zu laden, welcher dort eingehend Auskunft über den Stand des noch ausstehenden Gesetzes, das Arbeitsrecht betreffend, zu geben.

Ermäßigung der Gebühren für das Gewerbegericht.

Der Soziale Ausschuß des Volkstages beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Antrag der Deutsch-Danziger Volkspartei, die Gebührensätze für das Gewerbegericht herabzusetzen. Es kam ein einstimmiger Beschluß zustande, nach welchem die Gebühren von 2 G. auf 1,50 G., von 3 G. auf 2,25 G. und von 6 G. auf 4 G. herabgesetzt werden.

Bei Eröffnung der Sitzung begrüßte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Manen den erschienenen neuen Senator für soziale Angelegenheiten, Wiercinski, und hoffte von ihm, daß er zu seinem Amt auch den notwendigen sozialen Geist mitbringen möchte. Der neue Senator erwiderte, daß er diesen sozialen Geist glaube mitzubringen und wünschte, daß die Verhandlungen im sozialen Ausschuß vom gegenseitigen Vertrauen getragen sein möge. Wir werden nun ja bald sehen, ob den Worten auch die Taten folgen.

Die Arbeiterwohlfahrt in der Praxis.

Ueber Ziel und Zweck der Arbeiterwohlfahrt wurde in den letzten Monaten oft geschrieben. Jetzt kann nun der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt auch über seine erste praktische Arbeit berichten. Vor Weihnachten wurden die Adressen der Hilfsbedürftigen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen festgestellt. Es wurden insgesamt 49 Lebensmittelpakete ausgegeben, die Mehl, Schmalz, Zucker, Kaffee und Seife enthielten. In Wetzlinken wurden für 35 Kinder Hemdenstoffe ausgegeben. Wohl ist die Notlage des einzelnen mit dem Gegebenen nicht behoben, denn dazu bedarf es einer völligen Umgestaltung der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, aber für die Beschenkten bedeutete die Hilfe ohne Zweifel eine kleine Milderung ihrer unverschuldeten Notlage. Der Kreis der Geholfenen wäre größer gewesen, wenn die Gründung der Arbeiterwohlfahrt früher hätte erfolgen können. In diesem Jahre soll den Aermsten der Armen mehr geholfen werden. Dies ist aber nur möglich, wenn, wie bisher, die Gewerkschaften und die Partei der Arbeiterwohlfahrt größtes Interesse entgegenbringen. An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß einzelne Gewerkschaften, Landesvorstand, die Konsum- und Spargenossenschaft, auch führende Genossen aus der Arbeiterbewegung durch finanzielle und materielle Unterstützung gezeigt haben, daß sie den Wert der Arbeiterwohlfahrt für die Arbeiterbewegung erkannt haben.

Neben der Hilfe in besonderen Notfällen hat die Arbeiterwohlfahrt sich noch andere Ziele gesteckt. Unbedingt notwendig ist die Schulung derjenigen Genossen, die sich als Mitarbeiter der städtischen ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege zur Verfügung stellen. Diese sollen durch einen Vortragskursus in die Arbeit, die sie als Waisen- oder Wohlfahrtspfleger zu leisten haben, eingeführt werden. Es ist bereits ein Kursus in Aussicht genommen, über den in den nächsten Tagen Näheres bekanntgegeben wird.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Anfragen und Sendungen an die Adresse „Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt für den Freistaat Danzig" Frau Meta Malikowski, Danzig, Karpfenseigen 26a I, Zimmer 9, zu richten sind. Sparkassen-Konto Nr. 1916.

Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

J. A.: M. Malikowski.

Erkenne dich selbst!

Recht regem Interesse begegnen die öffentlichen Vorträge, die die staatliche Gesundheitsverwaltung veranstaltet. Die Vortragsreihe wurde Freitagabend in der Gewerbehalle durch Begrüßungsworte des Staatsrats Dr. Stade eröffnet, der betonte, daß der menschliche Körper ein hohes Gut sei, das nicht immer die erforderliche Pflege erhalte. Aber bei der Jugend finde die Körperpflege immer noch Verständnis.

Der Referent des Abends, Dr. Ziegenhagen, sprach alsdann über die Wunder des menschlichen Körpers und seine Entstehung. Der Urbestandteil des menschlichen Körpers ist die Zelle. Ueber viele hundert Jahre führt der Weg zu dieser Erkenntnis. Ein Engländer Hughes war der erste, der diesen Urbestandteil erkannte. Dann ging es Schritt für Schritt weiter. Ueber Muskelfunktionen haben auch berühmte Maler aufschlußreiche Untersuchungen vorgenommen. Die Sezierung menschlicher Körper war mit großen Schwierigkeiten verbunden und konnte nur heimlich vorgenommen, da die katholische Kirche sie verboten hatte. Der Redner ging dann auf die Lebensfunktionen des menschlichen und tierischen Körpers ein und streifte auch sein Entstehen. Mit den Worten Schopenhauers: „Unser Organismus ist ein Wunder", schloß Redner seinen Vortrag und konnte reichlichen Beifall entgegennehmen. Film und Lichtbild trugen wesentlich zum Verständnis des Vortrags bei. Leider muß festgestellt werden, daß die Hörer sich zumeist aus bürgerlichen Kreisen gruppierten, und nur wenige Arbeiter diese Gelegenheit der Bereicherung des Allgemeinwissens wahrnahmen.

Eine Umtaufe. Der Senat, Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig, hat im Einverständnis mit der Polizeibehörde die Umbenennung des „Sankt Barbarakirchhofs" in „An der Barbarakirche" beschlossen. Die Servisbezeichnung wird nicht geändert.

Filmschau.

„Potasch und Perlmutter" im Film. Die U.T.-Lichtspiele bringen in dieser Woche dies amerikanische Filmwerk, das wie das gleichnamige Lustspiel Typen und Vorkommnisse aus der Konfektionsbranche wiedergibt. Zwei jüdische Geschäftsleute im Neuyorker Konfektionsviertel arbeiten sich aus kleinen Anfängen zur beachtlichen Höhe empor. Ein Einbruch in ihr Geschäft und seine Folgen führen die beiden gutmütigen Kompagnons an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs und bis an die Tür des Gefängnisses. Zum Schluß endet natürlich alles gut. Die Handlung ist eigentlich gar nicht amerikanisch aufgemacht; in einigen Teilen etwas breit gegreten. Dadurch aber ist eine ganz köstliche Schilderung des jüdischen Konfektionsmilieus gelungen. Die Hauptrollen sind mit Kräften besetzt, deren Darstellung so naturgetreu ist, daß man glaubt, diesen Filmpersonen schon irgendwo begegnet zu sein. Der weibliche Teil des Kinopublikums (aber sicherlich auch viele Männer) werden an der geschmackvoll aufgemachten Modenschau, die in den Film hineingearbeitet ist, ihre besondere Freude haben. Ein lustiger Fix-und-Fax-Film beschließt das Programm.

Im Odeon- und Edentheater endlich wieder einmal ein wahrhaft großer Film: „Nju", nach dem Stück von Ossip Dymow. Es ist das alte Thema von der Liebe Leid. Elisabeth Bergner, die erlesene „Heilige Johanna" Reinhardts, gibt hier ihr Debüt auf der Leinwand, und bewährt sich außerordentlich und stark hoffnungsreich auch in der sprachlosen Kunst. Ihre Körper- und Gesichtsmimik, wie sie sich in der Rolle der liebenden und enttäuschten Frau offenbart, ist ergreifend innig und von gänzlich unkitschiger Prägnanz beseelt. Jannings spielt den fassungslosen Gatten und Veidt den nur nebenbei und ästhetenhaft berührten Dichter — beide voll eindringlichster Gestaltungsschärfe. Die Regie Czinners leitet das Ganze äußerst delikat und einfühlsam. Der Film hinterläßt starke Eindrücke.

Arius-Palast. Wie man sich als hübsches Mädel einem Millionär erheiratet, können unsre Danziger Schönen an dem amerikanischen Film „Geldheirat" vortrefflich lerne. Die junge Dame geht zielbewußt darauf hinaus, den reichsten Junggesellen Neuyorks für sich zu erobern und erreicht ihr Ziel mit ziemlich einfachen Mitteln. Durch ein Erpresserehepaar wird die junge Ehe zwar auf eine harte Probe gestellt, mit dem Erfolg, daß aus der Geldheirat eine Liebesehe wird. Auch das soll vorkommen. Bemerkenswert ist, daß ein Teil des Films ——— ist. In die Schneefelder der Alpenriesen führt ein zweiter Film, der zeigt, wie opferfreudig Mönche des Hospizes auf dem großen St. Bernhard mit ihren vierbeinigen Helfern einen im Schneesturm verirrten Wanderer retten. Urwüchsige Komik und lustige Einfälle bringt die amerikanische Groteske „Joe Rock auf der Wohnungssuche". Die Europachronik rundet das Programm durch interessante Bilder aus aller Welt ab.

Lichtbild-Theater, Langer Markt. Das steht fest: „Die Hermannsschlacht" rechnet gewiß nicht zu den Filmen, die dazu angetan sind, den künstlerischen Ruhm Deutschlands zu wahren. Dieses naive Werk, das aus dem tiefsten Schatten der großen Kleistschen Tragödie geboren wurde, müßte entweder vor den Bänken einer patriotischen Untertertia oder in einer Fraktionssitzung der Völkischen vorgeführt werden, ohne etwa feststellen zu wollen, inwiefern die Mentalität der einen von der der andern differiert. Uns berührt die Hermannsschlächterei wenig. Beim Ausgange des Films spielte die Kapelle „Deutschland über alles". — Der andere Film „Sabotage" führt in interessanter Weise einen Industriekampf vor: den Kampf zwischen der Arbeit der Hände und der Elektrizität, aus dem selbstverständlich die allmächtige Maschine als Sieger hervorgeht. Am unterhaltsamsten wirkt die Trianon-Auslandswoche, die uns die neuesten Begebenheiten aus aller Welt vorführt.

Das Flamingo-Theater bringt einen Ufa-Film „Die reich heiraten wollen". Der Film schildert die Tragödie eines Mädchens, das um ihres Reichtums willen verführt und verstoßen wird, um dann die Qualen einer unglücklichen Ehe zu ertragen. Die Handlung spielt in der Welt der Schieber und Prasser. Flottes Tempo und gut besetzte Hauptrollen sorgen für ein gutes Spiel. Der zweite Film „Nur ein Ladenmädchen" führt in die Welt der Warenhäuser und zeigt die sittlichen Gefahren, denen das weibliche Geschlecht ausgesetzt ist. Die Handlung endet tragisch. Der Verführer, ein Modehausbesitzer, fällt rächender Geschwisterliebe zum Opfer. Die Kinderrolle hatte eine ausgezeichnete Besetzung. Den Schluß des Programms bilden gute Naturaufnahmen aus den bayerischen Alpen.

---

willen) ungewöhnlich genug, daß ein Spiritist ihn ins Uebersinnliche verweist. Alles glaubt im Schloß der Herzogin an das Walten geistiger Mächte. Den unverdienten Ruhm aber heimst ein junger Lehrer ein; eine Jungfer zu alledem noch. Er bricht unter der Schwere der Anschuldigung zusammen. Die Herzogin aber ist insgeheim entzückt ob solch seltener männlicher Leistungsfähigkeit. Sie möchte schließlich selbst der oberlehrerlich-geistigen Kräfte erfahren. Es folgt eine große Nacht der Paarungen. Dem Literaturdozenten fällt ein Backfisch-Komteßchen zu, einem Staatsanwalt die reizende Zofe; und die Herzogin bekommt — dank der Nacht und ihrer Dunkelheit — den echten Werwolf: den Lakai.

Hieraus entspringt (neben allgemeinem Beglücktsein) eine Hochzeit für das Komteßchen, eine Konditorei für das lädierte Zöfchen und für die Herzogin eine aussichtsreiche Zukunft.

Das alles ist ganz famos gemacht. Niemals gemein oder zotig. Immer aber haarscharf an der Grenze entlang. Und lustig zum Springen. Selten noch sah man im Theater solch fröhlich-entzündete Gemeinschaft. (Minderjährige, in anderheit Schülerinnen des Lyzeums, Tanten und Theologen bleiben um der oben erwähnten Hühneraugen willen der Darbietung besser fern.)

Eine gestraffte Regie (B. Lebsdorff) machte auf dieser Ramschbühne Unmögliches möglich.

Ida Wüst ist die amouröse Herzogin. Wahr amourös als Herzogin; zuerst. (Beim Auftakt denkt man an die Vorsteherin einer Amüser-„Pension".) Dann beginnt sie bald, zu beherrschen. Auf ganzer Linie: Wenn sie Lust kriegt . . . attackiert . . . und dann hinterher hineinfällt! Mar wiehert, brüllt! — Und man denkt, wie sie bereits beim Brahm die Regine Engstrand war: das betörende Lächeln haben die Jahre ihr nicht nehmen können.

Herta Bartz macht die verhaltene Sinnlichkeit einer Ebenflüggen. Es tut nichts, daß sie noch wenig kann, noch fliegt sie halt durch den Zauber ihres jungen Da-Seins. Angeborener Kunstinstinkt läßt sie nie vorbeigreifen. Eines Tages aber wird sie viel können und weiterfliegen.

Einen Okkultisten von entzückender Wichtigkeit, Faulheit und Feistheit stellt Berthold Lendorff. Der bühnengewandte Kurt Lahati einen sehr ergötzlichen, scharfen Staatsanwalt. Als der schuldlos verdächtigte Mädchenmagister hat Walter Fein zwar wenig äußerlich, doch desto mehr innere Manbwürdigkeit. Auch der starke Lakai und eine feinbeinige Zofe waren bei Emilio May und Helene Ilten bestens aufgehoben.

Willibald Omankowski.

Repertoire-Opern in bolschewistischer Neufassung. Es liegt im Wesen der Dinge, daß sich die Sowjetregierung nicht wohl für ein Werk begeistern kann, das, wie Glinkas weltberühmte Nationaloper „Das Leben für den Zaren", den Zarismus in überschwenglicher Weise verherrlicht. Das Werk das fast seit einem Jahrhundert im Spielplan der russischen Operbühne den ersten Platz behauptet und auch im Ausland Triumphe feierte, ist deshalb in seiner Originalfassung für ganz Rußland verboten worden. Da aber die russische Regierung die wertvolle Musik, die leider an einen staatsfeindlichen Text gebunden ist, vor der Vergessenheit bewahren möchte, hat man das Textbuch einem Dichter mit dem Auftrag übergeben, der Musik einen neuen, der kommunistischen Weltanschauung entsprechenden Text unterzulegen. Selbstverständlich ist auch der Titel der Oper, der an sich schon wie eine Hymne an den Zaren anmutet, beseitigt worden und hat dem neuen Titel „Für Genie und Hammer" Platz gemacht. Unter diesem Titel ist die neubearbeitete Oper in Moskau, wie nicht anders zu erwarten, unter stürmischem Beifall jetzt zur Aufführung gelangt. Im gleichen Sinn soll auch eine Reihe von Opern von Verdi, Rossini und Donizetti neu bearbeitet werden. Auch die „Cavalleria" von Mascagni hat sich eine Aenderung gefallen lassen müssen.

Penck gegen Ossendowski. Nach Sven Hedin tritt jetzt ein zweiter scharfer Kritiker gegen die tatsächlichen Grundlagen des so schnell berühmt gewordenen Buches des „polnischen Doktors" auf. Albrecht Penck, der hervorragende Berliner Geograph, erklärt in dem neuen Hefte der „Deutschen Literaturzeitung" auf Grund einer Nachprüfung der tatsächlichen Angaben in Ossendowskis „Tiere, Menschen und Götter" das Ganze für einen Roman ohne quellenkritischen Wert. Penck hat die Reiseroute Ossendowskis nachgerechnet und erklärt sie in dieser Form und Schnelligkeit für unmöglich. Was glaubhaft erscheint, ist nach dem Gelehrten folgendes: O. reiste Mitte Januar 1921 mit einigen Begleitern von Kossogol in der Absicht, vielleicht durch Tibet nach Indien vorzustoßen, nach Ulasutai, verbrachte dort den Rest des Winters und brach im Frühjahr nach Urga auf. Seine Bitten des lebenden Buddha erklärt Penck, Hedin folgend, für unglaubhaft, der jetzige Bogdo Gigan (der lebende Buddha O.'s), wird den Fremden nicht mehr gezeigt, er ist ein verächtliches und verachtetes Individuum, eine Schande für Götter und Menschen, ein Greuel für Priester und Laien. Aber auch Ossendowskis politische Tendenz bei der Abfassung des Romans ist ja, wie Penck betont, nur allzu durchsichtig: es ist ein Pole, der zuerst die Bestialitäten der roten Russen, dann die der weißen Russen in realistischer Deutlichkeit schildert und endlich das Hohelied der Mongolen singt, die durch Jahrhunderte Rußland geknechtet haben. In abenteuerlicher Erzählung knüpft O. an Erlebtes an, aber er fügt Erdichtetes hinzu. Dieser politische Tendenzroman kann also als historische Quellenschrift nicht verwandt werden.

Eine bedeutsame Entdeckung auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen. Wie wir wissen, sind Röntgenstrahlen mit Lichtstrahlen wesensgleich und unterscheiden sich von ihnen nur durch ihre zehnmillionenfach kürzere Wellenlänge. Durch Glasprismen werden die Lichtstrahlen in ihre einzelnen Wellenlängen — „spektral" — zerlegt. Diese Zerlegung, auf der ein Teil der Spektralanalyse beruht, wird durch Brechung des Lichtes im Prisma hervorgerufen. Wie nun der schwedische Forscher Manne Siegbahn (Upsala) in den „Naturwissenschaften" mitteilt, ist es ihm gelungen, die Parallele zur Lichtoptik auf dem Gebiet der Röntgenstrahlen aufzufinden: Siegbahn und seine Mitarbeiter haben zum erstenmal die Brechung der Röntgenstrahlen experimentell dargestellt. Die schon seit Jahrzehnten auf dieses Ziel gerichteten Arbeiten hervorragender Forscher waren bisher gescheitert. Mit Siegbahns Entdeckung erhält die physikalische Wissenschaft eine direkte Methode, die Anzahl der Elektronen verschiedener Atombahnen zu bestimmen. Untersuchungen dieser Art sind bereits im Gange.

Die Gefahren des Bubikopfes. Der Bubikopf kann seine Trägerin unter Umständen in eine unangenehme Situation bringen. Diese Erfahrung bildete den Clou eines Scheidungsprozesses in Neuyork. Frau Stella Marco klagte gegen ihren Gatten auf Ehetrennung, und der Mann erwiderte die Klage mit dem Antrag auf Ehescheidung. Er begründete seinen Antrag damit, daß er am 19. August des letzten Jahres im Schlafzimmer seiner Frau durch das Fenster einen jungen Mann mit schwarzem Lockenhaar gesehen habe. Die Ehefrau leugnete jede Schuld, und es kam zu einem dramatischen Auftritt, als plötzlich ihr Anwalt den „jungen Mann" vor die Schranken des Gerichts führte. Der Verdächtige entpuppte sich als die Freundin der Ehefrau, die junge Witwe Mina Garvey, die mit Frau Marco zusammen lebte und auch an jenem Tage in ihrem Zimmer geschlafen hatte.

Zur Beruhigung. „Ich möchte gern etwas Morphium haben, Herr Provisor, damit ich nachts schlafen kann." — „Ohne Rezept kann ich Ihnen kein Morphium geben." — „Ach, dann geben Sie mir etwas Insektenpulver."

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die Aufwertung der Reichs- und Kriegsanleihen. Der deutsche Regierungs-Vorentwurf für die Zwangsumstellung der alten und der neuen Kriegsanleihen, zu dessen endgültiger Feststellung soeben Vertreter der Bankwelt gehört werden, soll eine 5prozentige Aufwertung vorsehen. Die noch im Umlauf befindlichen Vorkriegsanleihen des Reichs bzw. die von den Ländern auf das Reich übergegangenen Anleiheschulden haben einen Nominalwert in Papiermark von etwa 18,9 Milliarden, die Kriegsanleihen einen solchen von etwa 51 Milliarden; zusammen rund 70 Milliarden. Das Reich würde durch die 5prozentige Aufwertung also eine Nominalgoldschuld von 3500 Millionen Goldmark auf sich nehmen. Würde dieser Betrag mit 5 Prozent sofort verzinsbar werden, so würde dem Reiche daraus eine laufende Belastung von 175 Millionen Goldmark erwachsen.

Die Reichsmark an der Pariser Börse. Die neue deutsche Reichsmark ist Sonnabend zum erstenmal offiziell an der Pariser Börse notiert worden. Die Notierung erfolgt für 100 Reichsmark. Der gestrige inoffizielle Eröffnungskurs war 444,50, der Schlußkurs 444,75 für 100 Reichsmark. Diese Kurse bewegen sich etwas unterhalb der Goldparität des deutschen Geldes.

Rumänisches Getreideausfuhrverbot? Ein rumänisches Getreideausfuhrverbot dürfte in Kürze zu erwarten sein. Grundsätzlich beschlossen wurde es bereits in einer am 31. Dezember unter dem Vorsitz Bratianus stattgefundenen Kabinettssitzung, wobei auch ein Verbot der Ausfuhr aller Getreideprodukte in Aussicht genommen wurde. Den Anlaß zu dieser wahrscheinlich nur vorübergehenden Maßnahme dürfte namentlich das schlechte Ergebnis der letzten Weizenernte gegeben haben. Gleichzeitig soll für den Binnenhandel der Höchstpreis auf 95 000 Lei je Waggon festgesetzt und den Behörden das Recht vorbehalten werden, zu diesem Preise Getreide zu requirieren.

Butterausfuhr Rußlands. Vom 1. September bis zum November sind durch das Kontor für Butterausfuhr des Staatlichen Import- und Exportkontors „Gostorg" 1325 Tonnen Exportbutter von den Erzeugern gekauft worden. Seit Beginn der Saison wurden 2900 Tonnen Butter eingekauft. Bis zum 1. November wurden von dem Bureau insgesamt 4620 Tonnen Butter ausgeführt. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Oktober 1924 sind über Petersburg von 18 Organisationen insgesamt 16 583 Tonnen Butter exportiert worden, davon gingen nach England 12 773 Tonnen, nach Estland 1343 Tonnen und nach Deutschland 1089 Tonnen. Die wichtigsten Butterexporteure waren: Die Butterexportabteilung des Staatlichen Im- und Exportkontors „Gostorg" mit 4988 Tonnen, die Gesellschaft „Milchprodukt" mit 3417 Tonnen, der Zentralgenossenschaftsverband „Zentrosojus" mit 2300 Tonnen.

Der Konzern der „Sozialen Dreigliederung in Liquidation". Der Anthroposoph Dr. Steiner, der mit seiner „Sozialen Dreigliederung" nicht nur Idealisten und schwärmerische Frauen, sondern auch Arbeiter verwirrt hat, hat mit seiner Gründung „Der kommende Tag, A.-G." auch kein Glück gehabt. Wie in einer gesellschaftlichen Zelle sollte in dem immerhin 5 Industrieunternehmungen, Wohnhäuser, landwirtschaftliche Güter und zwei klinische Institute umfassenden Kommenden-Tag-Konzern die Probe auf das Exempel der sozialen Dreigliederung gemacht werden: den über die Verzinsung des Kapitals hinaus von den Wirtschaftsunternehmungen des Konzerns erzielten Gewinn in Kulturunternehmungen desselben Konzerns im Sinne der Höherführung der Menschen sofort zu verwerten und durch immer größere Ausdehnung des Konzerns allmählich jene neue abendländische Kultureinheit von Wirtschaft, Geist und Recht zu schaffen, die den materialistischen Kapitalismus und den mechanischen Rechtsstaat ablösen soll. Erst wenn man diese großartig klingende Zielsetzung ins Auge faßt, dem Gedanken braucht die ideologische Bedeutung nicht abgesprochen zu werden, kann man das Fiasko der „Kommenden-Tag-A.-G." voll ermessen. Der idealistische Ueberschwang der Gründer und Aktionäre hat eben doch nicht soweit standgehalten, daß man mehr als die Hälfte des einbezahlten Kapitals verlieren will; denn die Hälfte scheint nach Zeitungsnachrichten schon verloren zu sein. In der Arbeiterschaft konnte die „Soziale-Dreigliederungs"-Bewegung wegen ihrer rein ideologischen Konzeptionen keinen Fuß fassen. Und das ist gut so, sonst hätte die Arbeiterschaft neben einer Enttäuschung auch noch Verluste. Die „Der kommende Tag A.-G." wird demnächst liquidieren.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Schwerer Konflikt in Rheinland-Westfalen. Am Mittwoch fanden vor dem Schlichter in Dortmund die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalens statt. Das Tarifgebiet umfaßt 76 Gemeinden mit rund 10 000 Arbeitern und erstreckt sich von Bonn bis Siegen. Die Gewerkschaften hatten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert. Sie begründen diese Forderung besonders damit, daß der Reallohn gegenüber dem Vorkriegsstand keineswegs erreicht sei und in ähnlichen Betrieben in anderen Gegenden des Reiches, so in Berlin, Hamburg, Nürnberg, Frankfurt, Mannheim, bereits Löhne bis zu 85 Pfg. die Stunde bezahlt werden, während der Spitzenlohn des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nur 70 Pfg. beträgt. Nach mehrstündigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern fällte der Schlichter jedoch einen Schiedsspruch, der das bisherige Lohnabkommen bis auf weiteres wieder in Kraft setzt. Die an dem Tarifvertrag beteiligten sechs Gewerkschaften haben den Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Die Gewerkschaften erklären, daß sie sich einem Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches mit aller Entschiedenheit widersetzen werden. Es droht somit in Rheinland-Westfalen ein gefährlicher Konflikt in den lebenswichtigen Betrieben der Städte und Gemeinden.

Einigungskongreß der Eisenbahner. Ende Januar findet in Berlin die Jahreshauptversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner statt. Die Tagung wird diesmal von besonderer Bedeutung sein, weil die Jahreshauptversammlung die deutschen Eisenbahner zu einer möglichst einheitlichen Front zusammenführen soll. Aus diesem Grunde war eine besondere Kommission eingesetzt worden, um mit den abgesplitterten Teilen der Reichsgewerkschaft und mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zur Schaffung eines einheitlichen Organisationskörpers zu verhandeln. Der Bericht und die Vorschläge der Kommission werden der Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Umwandlung der Reichsbahn in eine neue Betriebsform, die den kapitalistischen Einflüssen zugänglicher ist als die frühere Betriebsform, macht die Zusammenfassung der Eisenbahner zu einer widerstands- und kampffähigeren Organisation zur gebieterischen Notwendigkeit. Der Einfluß des Parlaments auf die Gestaltung der Geschicke der deutschen Eisenbahner ist gegenüber früher bedeutend schwächer geworden. Die Bildung starker Gewerkschaften ist deshalb heute für die Eisenbahner das Gebot der Stunde. Der Zersplitterung muß ein Ende gemacht werden. Bekanntlich hat sich von der Reichsgewerkschaft die Gruppe der Lokomotivführer abgesplittert, und auch sonst zeigte sich, so z. B. bei den Schaffnern, den Bahnmeistern, den Sekretären, Obersekretären usw. ein gewisser Gruppenegoismus. Es muß gelingen, wenigstens im freigewerkschaftlichen Rahmen, in der Einheitsbewegung einen Schritt vorwärts zu tun.

Kleine Nachrichten

Sensationelle Verhaftung in Wien. Auf Antrag der Wirtschaftspolizei wurde in Wien der Generaldirektor Fried der Ankerbrotfabrik, des weitaus bedeutendsten Wiener Unternehmens dieser Art, das einen großen Teil Wiens mit Brot und Gebäck versorgt, unter Anklage des Brotwuchers verhaftet. Schon im Herbst war eine Untersuchung eingeleitet worden, wobei ein fachmännisches Gutachten der Staatsanwaltschaft Unterlagen dafür gebracht haben soll, daß wegen der technischen Vollkommenheit des Betriebes der Brotpreis bei dieser Massenerzeugung viel zu hoch gehalten sei und verteuernd auf die ganze Lebenshaltung in Wien einwirke.

Starke Zunahme der Wölfe und Bären im nördlichen Rußland. Die Maßnahmen der Sowjetregierung über die Beschränkung des Tragens von Feuerwaffen haben das unerwartete Ergebnis gezeitigt, daß sich in den nördlichen Distrikten Rußlands die Bären und Wölfe stark vermehrt haben. Sie haben bereits großen Schaden angerichtet und in einzelnen Fällen bereits Menschen angegriffen. Kürzlich drang ein Rudel hungriger Wölfe bei Resitza in einen Bauernhof ein und schleppte ein Kind vor den Augen der Eltern fort. Einige Tage vorher wurde in derselben Gegend eine alte Frau von einem einzelnen Wolf angefallen und zerrissen. Zahlreiche Rudel dieser Tiere, die von Rußland kommen, streifen ebenfalls in den baltischen Provinzen umher.

Der dänische Justizskandal. Der höchste dänische Gerichtshof hat, wie schon mitgeteilt, die Verhaftung des Methodistenbischofs Dr. Anton Bast, die über Dänemark hinaus das größte Aufsehen erregte, als durchaus ungerechtfertigt und widergesetzlich erklärt und seine sofortige Freilassung verfügt. Justiz- und Innenministerium sind im Reichstag scharf angegriffen worden. Einer der Redner bezeichnete die Verhaftung des Bischofs als den „größten Justizskandal der ganzen Geschichte Dänemarks" und forderte die Entlassung mehrerer hoher Beamten, die die Verhaftung des Bischofs auf Anschuldigung mißgünstiger persönlicher Gegner veranlaßten. Weiteste Kreise der Bevölkerung haben die Freilassung des Bischofs, der zahlreiche charitative Anstalten gegründet hat und sich auch für die Amerikahilfe zur Linderung der deutschen Not tatkräftig und erfolgreich einsetzte, mit großer Genugtuung aufgenommen. Sämtliche Anschuldigungen sind, wie die Untersuchung ergab, zusammengebrochen.

Ein Auto von einem Zuge überfahren. Im Bahnhof in Liesthal (Basel) fuhr der Automobilist Deren in die geschlossene Barriere in dem Augenblick hinein, als der Luzerner Schnellzug einfuhr. Das Automobil durchschlug die Schranken und wurde von dem Schnellzug vollständig zertrümmert. Deren und sein Fahrgast namens Kohler wurden auf der Stelle getötet.

Sie hat sich totgehungert. Die Hungerkünstlerin Maria Thiel aus Köln, die in Haselhoffs Bierpalast in Dortmund am Steinplatz, 28 Tage im Glashause gehungert hat, am 28. Tage aber ihre Kur abbrechen mußte, weil sich Nierenschmerzen einstellten, ist jetzt an der Erkrankung in Köln gestorben.

Von einer Maschine totgequetscht. In Meyers Hüttenwerk in Berlin (Germaniastraße) wurde der Arbeiter Leo Dzilinsky aus der Hufelandstraße 41 beim Nachsehen einer in Gang befindlichen Maschine von einer Brechstange in das Rädergetriebe geschleudert und zerquetscht. Sein Tod trat auf der Stelle ein.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verdingung.

Die Be- und Entwässerungsanlage des Doppelhauses 7 auf Zigankenberg (Straße D) soll öffentlich vergeben werden.

Verdingungsunterlagen sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Städt. Hochbauamt, Rathaus Pfefferstadt, abzuholen.

Verdingungstermin: 28. 1. 25. (16141

Hochbauamt II.

Geheime Unterhaltungsrundfunkanlagen.

Belohnungen bis zu 25 Gulden.

Nach Klagen von Danziger Funkfreunden und eigenen Beobachtungen müssen in allen Stadtteilen Danzigs geheime Unterhaltungsrundfunkanlagen vorhanden sein, die infolge unzulässiger Bauart an Rundfunk-Teilnehmende allabendlich stören.

Da die Unzuträglichkeiten zunehmen, bitten wir, uns Besitzer solcher Geheimanlagen gegen Belohnung bis zu 25 Gulden im Einzelfall namhaft zu machen.

Post- und Telegraphenverwaltung.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Montag, den 12. Januar, abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie I.

Gewalt

Komödie in fünf Akten von Ernst Lissauer.
In Szene gesetzt von Carl Brückel.
Inspektion: Emil Werner.

Herzog Ludwig Ernst, minorenn	Lothar Firmans
Herzogin Cornelia, Regentin, seine Tante	Frieda Regnald
[illegible] de Fondeville(?), früherer Erzieher des Herzogs	Ferdinand Neuert
Gottlieb Kranhiger(?), Apotheker	Karl Kliewer
Eva, seine Tochter	[illegible] Heim
Johann Heinrich Engenbühl(?), sein Neffe	Fritz Blumhoff
Sophie(?), Haushälterin bei Kranhiger	Jenny von Weber
[illegible]	Gustav Nord
Madame Marchetti, Schauspielerin	Maria Koch
Philipp, Kammerdiener des Herzogs	Julius [illegible] Schicke
Joseph, Stallknecht des Herzogs	Walther [illegible]
Erster Diener des Herzogs	Emil Werner
Zweiter Diener des Herzogs	Peter [illegible]
Dritter Diener des Herzogs	Karl Lemke
Ein [illegible]	Siegfried [illegible]
Ein junger Bursche	[illegible] Hauber
Ein Unteroffizier	Oskar Friedrich
Erster Soldat	Paul [illegible]
Zweiter Soldat	Ludwig [illegible]
Dritter Soldat	Heinrich [illegible]
Vierter Soldat	Karl Kliewer

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Dienstag 13. Januar, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Frühlingsluft". Operette.

Wähl' unter dem Guten
Das Beste Dir aus,
Und halte Dir stets
Blauband im Haus.

16140

WILHELM-THEATER

Berliner Gastspiel-Zyklus

Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Ein durchschlagender Erfolg in Danzig!

GASTSPIEL

Ida Wüst

als Herzogin von Capablanca in

„Der Werwolf"

von Angelo Cana

200 Aufführungen in Berlin!

Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Vorverkauf: [illegible]

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

Montag, den 12. Januar 1925, abends 7½ Uhr

Klavier-Abend

Artur Schnabel

Programm: Beethoven, Sonate D-Dur op. 28, Sonate A-Dur op. 101, Sonate F-Moll op. 57, Sonate E-Dur op. 109.

Flügel: Bechstein a. d. [illegible], Jopeng. 11

Karten: 6, 5, 4, 3 u. 2 Gulden in der Buchhandlung John & Rosenberg, Zeughauspassage

Flamingo

Bühne und Film
Junkergasse Nr 7

Voranzeige: Ab nächsten Freitag
Das Tagesgespräch der Welt!

§ 218

im Brennpunkt des öffentlichen Interesses in unserem neuen Filmwerk:

Muß die Frau Mutter werden?

Eine Tragödie in 6 Akten vom Kreuzweg der Liebe u. d. Mutterschaft. Der aktuelle Film d. Gegenwart

In den Hauptrollen die prominentesten Künstler Deutschlands wie: Erika Glässner, [illegible], Margarete Kupfer, [illegible] Ralph, [illegible], Paul Otto, Karl Auen

Jede Frau, jedes junge Mädchen, jeder Mann muß diesen Film sehen!

Zentral-Bibliothek des Allgem. Gewerkschaftsbundes

Karpfenseigen 26 pt.

3000 Bücher aus allen Gebieten des Wissens stehen den freiorganisierten Gewerkschaftlern kostenfrei zur Verfügung. (Einschreibegebühr 50 P)

Die Bibliothek ist geöffnet Dienstag u. Freitag von 5 bis 7 Uhr abends

Kleine Anzeigen in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Zu verkaufen: Sofatisch 25 G., 2türiger zerlegbarer Kleiderschrank 75 G. Böttcherg. 3, pt.

Witwe **sucht Waschstellen.** Offerten unt. 1 81 an die Exped. d. Volksstimme.

Chauffeur verheiratet, zuverlässig u. nüchtern, sucht Stellung. Angeb. unter 1476 an die Exped. d. Volksstimme.

Möbl. Zimmer für 1 evtl. 2 junge Leute zum 15. Januar gesucht. Off. erb. unter F 25 an die Exped. der Volksst.

Ein möbliertes, sonniges **Vorderzimmer** an Herrn oder Dame zu vermieten. Hohe Seigen 23, 1 Tr. l.

Schneiderin die in u. außer dem Hause arbeitet, **sucht Kundschaft.** Naumann, Bischofsberg 4, 3 Tr.

Gut möbl. Zimmer in besserem Hause billig zu vermieten. Schüsseldamm(?) 7, 3 Tr., Ecke [illegible].

Böden in Töpfe, Wannen u. Waschkessel, werden eingesetzt. Kuschinsky, Pfeffergasse 5, Hof 1 Tr.

Wäsche zum Waschen wird angenommen. Plauschat(?), Altstadt(?) 3.

Mädchen tagsüber für Hausarbeit gesucht. Vorzust. 2—6 Uhr. [illegible]

Feine Wäsche wird sauber angefertigt. Kneipab(?) 6, 3 Treppen links.